



**Minderheitenschutz:
Komitee in Südtirol**

(Seite 5)

**Historiker Bernd Rill
im Interview**

(Seite 6)

**Erinnerungen
an 1918**

(Seiten 7 und 8)

Politische Chaos-Wochen an Spree und Moldau

Die Parallelen sind nicht zu übersehen: In einer der tiefsten Krisen der EU ringen zwei europäische Nachbarstaaten um stabile innere Verhältnisse. In Deutschland stottert seit der Bundestagswahl am 24. September 2017, also seit fünf Monaten, der Regierungsmotor, die angepeilte Große Koalition aus CDU/CSU und SPD lässt auf sich warten. In Tschechien sucht der Wahlsieger von 2017, ANO-Chef Andrej Babiš, noch immer nach Partnern. Mit einer Neuwahldrohung hat er den Druck auf potentielle Unterstützer erhöht. Babiš weiß: Mehreren Parteien, darunter die Sozialdemokraten (CSSD), droht bei einem vorgezogenen Urnengang das Scheitern. Und das ist auch Staatspräsident Miloš Zeman bekannt. Er hat die CSSD, seine ehemalige Partei, die in Jan Hamáček (39) einen neuen Vorsitzenden hat, zur Kooperation mit Babiš aufgerufen. Hamáček hatte sich in seiner Bewerbungsrede auf dem Kongress in Königgrätz am 18. Feber

für Sondierungen mit ANO stark gemacht, aber hinzugefügt: „Über eine Regierung zu sprechen bedeutet nicht, in diese einzutreten.“ Das heißt: Der neue Parteichef möchte die CSSD, die bei den Parlamentswahlen vom ersten auf den sechsten Platz zurückgefallen war, weiter auf Distanz zu Babiš und dessen strafrechtlichen Problemen halten, legt also der ANO einen anderen Personalvorschlag nahe. Der amtierende Premier beharrt allerdings auf seinem Amt. Relativ entspannt kann er sich auf Sondierungen einlassen, denn noch immer ist auch eine Unterstützung durch die Kommunisten und die als rechtsextrem eingestufte Partei „Freiheit und direkte Demokratie“ denkbar. Und die Mitte Feber veröffentlichte Wahlumfrage des Instituts CVVM sah ANO mit 30,5 Prozent weiterhin unangefochten an der Spitze der Parteien. Bis Mai hat Babiš Zeit, das Regierungsproblem zu lösen, das wurde ihm von Zeman zugestanden. Zum

Sudetendeutschen Tag am Pfingstwochenende (18. bis 20. Mai in Augsburg) wird man voraussichtlich wissen, wohin der Babiš-Zug fährt – und wie sich der Premier gegenüber den Vertriebenen positioniert. Eine Frage, die auch die künftige Regierung in Berlin, in der die SPD wieder den Außenminister stellen wird, noch zu beantworten hat. In den Chaoswochen an Spree und Moldau war das offenbar kein Thema. Auch nicht beim CSSD-Parteitag. Dort bot die Regie dem slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico eine Bühne. Die Sozialdemokraten, sagte der Gast aus Preßburg, müssten neue Wege finden, um mit den Menschen zu kommunizieren. Und er riet den tschechischen Gesinnungsgenossen zu mehr Mut bei personellen Veränderungen. Fico griff dabei tief in die Kiste drastischer sexistischer Vergleiche: „Wenn ein Bordell nicht mehr funktioniert, muss man die Mädchen austauschen, nicht die Betten.“

DAS BILD DER HEIMAT



Der 16. Ball der Heimat in Wien war farbenprächtig wie selten zuvor und ein gelungenes Beispiel, unterschiedliche Generationen zu versammeln und Heimat zu leben. (Foto: Gertrude Dwornikowitsch)

Klartext

Heimat! Welche Heimat?

Von Gernot Facius

Vorab das Positive: Ein verpönte Wort kehrt in den politischen Diskurs zurück. Meinungspolizisten hatten Jahrzehnte lang versucht, „Heimat“ aus dem deutschen Sprachschatz zu vertreiben. Durchaus mit Erfolg, wie man heute weiß. Wer mit dem Heimatbegriff argumentierte, wurde als Spießler lächerlich gemacht oder – schlimmer – in die braune Ecke gestellt und abgestraft. Nun hat sich der Wind gedreht. Selbst Grüne sprechen inzwischen positiv über Heimat. Die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen haben ein **Heimatministerium** installiert, der Bund will folgen – falls es wieder zu einer Großen Koalition aus Union und SPD kommt. „Gut, dass wieder von Heimat die Rede ist“, kommentierte die „Frankfurter Allgemeine“. Wer es vergessen hat: Es waren die **deutschen Vertriebenen**, die diesen Begriff wider alle Widrigkeiten hochgehalten haben – und dafür Schimpf und Hämne auf sich nahmen. Hat man es ihnen je gedankt? Die Frage müssten sich alle stellen, die jetzt die Backen aufblasen und die einschlägigen, noch unausgegorenen Berliner Ministeriumspläne als politische Innovation preisen. Noch ist unklar, welches „starke Signal“ (Stephan Mayer, CSU) damit gesendet werden soll. Lediglich das Bemühen um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland oder endlich auch eine präzise Definition, was „**unsere Identität**“ zwischen einer globalisierten Welt und unserer heimatlichen Region ist“ (Hartmut Koschyk, CSU). Insistieren auf einer verbesserten Strukturpolitik ist zu wenig. Anders gefragt: Wie gelingt ein souveräner, breit angelegter Disput über Heimat in einer Welt, in der die Wogen der Globalisierung viele tradierte Gewissheiten hinweggespült haben und sich viele Menschen „entheimatet“ fühlen? Das wäre eine Querschnittsaufgabe für alle Ressorts, ein erweitertes Innenministerium unter Horst Seehofer (CSU), dem amtierenden „Schirmherrn“ der Sudetendeutschen, wird das nicht stemmen. Ohnehin kann ein Ministerium allein keinen Sinn stiften oder gesellschaftliche Identitätskrisen lösen. Es braucht vielmehr eine Fülle geistiger Kraftanstrengungen. Andernfalls handelt es sich um reines Politmarketing, um eine leicht zu durchschauende Symbolpolitik, die nur das eine Ziel verfolgt, Konkurrenten, zum Beispiel die AfD, an der Wahlurne auszustechen. Gefühlspolitik als Ersatz für politische Klarheit zahlt sich auf Dauer allerdings nicht aus, das weiß man aus der Vergangenheit. Es darf nicht sein, dass eines Tages jene Kritiker Recht behalten, die schon heute sagen: Die Große Koalition verramscht – aus parteiegoistischen Motiven – den Heimatbegriff. Im Internet schrieb ein Leser der eher linksliberalen „Zeit“: „Möglicherweise war Heimat nie so wertvoll wie heute.“ Dem ist wohl nicht viel hinzuzufügen. ■

Seehofer, Babiš und der Wunsch nach mehr Glaubwürdigkeit

Um große Worte war Horst Seehofer (CSU), bayerischer Ministerpräsident auf Abruf, nie verlegen. In seiner Neujahrsansprache zeigte sich der amtierende „Schirmherr“ der sudetendeutschen Volksgruppe zufrieden darüber, dass „wir mit unseren Nachbarn in Tschechien eine neue Ära der Freundschaft und Partnerschaft einleiten konnten. Das ist etwas Bleibendes für die kommenden Generationen.“ Im Blick auf die (Wirtschafts-)Interessen des weiß-blauen Freistaates mag dies stimmen, nicht aber für die Wahrnehmung der Interessen der Vertriebenen aus Böhmen, Mähren und Sudeten-Schlesien, der Angehörigen des in Festreden gern zitierten „vierten bayerischen Stammes“. Deshalb wirkt auch Seehofers Dank an „alle Sudetendeutschen für diesen gemeinsamen Weg“ deplatziert. Denn selbst unter der derzeit geschäftsführenden Regierung von Andrej Babiš, dessen Firmenimperium auch in Bayern engagiert ist, hat



Babiš verhandelt nicht mit der SL.

sich an der offiziellen Prager Position in der sudetendeutschen Frage nichts geändert. Auf eine schriftliche Bitte eines ominösen „Tschechischen Friedensforums“, keine Gespräche mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) zu führen, antwortete Babiš in der bekannten Schlussstrich-Manier: „Ich kann Ihnen versichern, dass unsere Regierung ganz entschieden keine

Verhandlungen mit der SL zu führen beabsichtigt und halte rechtliche und Eigentumsfragen, die mit dem Zweiten Weltkrieg zusammenhängen zugleich mit den Nachkriegsgeschehnissen für abgeschlossen.“ Bemerkenswert sind auch die Einlassungen des Premiers zum Satzungsstreit der SL. „Was die Änderung der Satzung der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus dem Jahr 2016 betrifft, so kann ich feststellen, dass es sich um eine innere Angelegenheit handelt, die in der Kompetenz der zuständigen deutschen Ämter ist. Das Außenministerium hat mich informiert, dass die Satzungsänderung noch keine Gültigkeit bekommen hat. Der Termin der Verhandlung der aktuellen Klage der Gegner findet beim Landesgericht in München am 13. März statt.“ Inzwischen ist dieser Termin Makulatur. Der Rechtsstreit dürfte das große Gedenkjahr 2018 überdauern, ohne dass Ruhe in die Landsmannschaft einkehrt. Nun richten sich viele Augen auf den designierten Seehofer-Nachfolger als bayerischer Ministerpräsident, Markus Söder. Wird er den Kurs in der Vertriebenenpolitik ändern? Im De-



Seehofers Dank an die Sudetendeutschen wirkt deplatziert.

Foto: Harald Bischoff CC BY-SA 3.0

zember 2017 hat er in einem Interview der „Frankfurter Rundschau“ von den Unionsparteien „eine Rückkehr zur alten Glaubwürdigkeit“ verlangt (Die „Sudetendpost“ hat darüber berichtet). Das gelte, so Söder, gegenüber Wählergruppen, die inzwischen an CDU und CSU zweifelten - „für Vertriebene, Wertkonservative, auch moderne Bürgerliche und Menschen, die Recht und Ordnung hochhalten“. Als Ministerpräsident in spe und neuer „Schirmherr“ über den „vierten Stamm“ wird er daran gemessen werden, ob es ihm gelingt, dieses Versprechen einzulösen. (fac)

Aus der Redaktion

Schuld und Versöhnung

Von Gernot Facius

Eine vertraute Stimme ist verstummt. Peter Großpietsch, der im November 2017 verstorbene Herausgeber und Redakteur des „Grafschafter Boten“ aus dem westfälischen Lüdenscheid, war ein treuer Freund der „Sudetendpost“. Immer wieder entnahm er ihr Anregungen für seine publizistische Arbeit. Und so fand mancher Kommentar der SP durch ihn Verbreitung unter seinen schlesischen Landsleuten. Politische Korrektheit war Großpietsch zutiefst zuwider. Noch in seinem letzten Leitartikel, den er während seiner Krankheit für den „Boten“ konzipierte, aber nicht mehr zu Ende bringen konnte, protestierte er gegen die heute gängige Begriffsvernebelung - vor allem gegen eine unreflektierte Verwendung des Wortes „Versöhnung“. Dieses Wort, gebetsmühlenartig vorgelesen, sei bei vielen Kindern der Vertriebenen zum Unwort geworden. Der deutsche Osten habe an der Katastrophe von 1945 wahrscheinlich weniger Anteil als andere deutsche Stämme. „Deshalb heißt unser Wort ‚Verständigung‘. Und diese praktizieren die deutschen Heimatvertriebenen manchmal sogar unter Hintanstellung der Selbstachtung seit Jahrzehnten, nicht erst seit der politischen Wende in Osteuropa.“ Starke Sätze, die nicht jedem gefallen haben. Dabei hatte der fest in seinem Glauben verwurzelte Glatzer Katholik Großpietsch gar nichts gegen Versöhnung. Aber, so schrieb er, Versöhnung folge auf Schuld. „Schuld ist immer individuell. Unberührt davon werden in

letzter Zeit wieder wahre ‚Versöhnungsorgien‘ gefeiert und dies in amtlichen, also zwischenstaatlichen Verlautbarungen von deutscher Seite, als auch auf persönlicher Ebene gegenüber unserem Nachbarland Polen, beziehungsweise gegenüber polnischen Institutionen und Einzelpersonen.“ Polen ließe sich hier durch Tschechien ersetzen. Denn auch unter Sudetendeutschen hat die Begriffsverwirrung um sich gegriffen. Das Schlimme daran: Wer sich aus wohlbegründeter Vorsicht der Gebetsmühle „Versöhnung“ verweigert, weil er nicht will, dass über das Unrecht der Vertreibung Gras wächst, wird von Politik und Publizistik gnadenlos in den Senkel gestellt. Dass sich auch einige Schicksalsgefährten der deutschen Heimatvertriebenen an diesem Spiel beteiligen, gibt dem Ganzen eine besonders traurige Note. „Versöhnung“ darf nicht als Kampfvokabel gegen Kritiker einer Politik ins Feld geführt werden, die sich - aus Bequemlichkeit oder Opportunismus - mit einem Status quo abzufinden bereit ist. Das hatten wir ja schon einmal: Nur dass seinerzeit das Schlagwort „Entspannung“ herhalten musste, Skeptiker dieses Kurses mundtot zu machen. Es braucht aufmerksame Beobachter des politischen Geschehens in Ländern wie Tschechien und Polen - Beobachter, die zu offensichtlichen Fehlentwicklungen und sprachlichen Täuschungsmanövern nicht schweigen. Auch nach 72 Jahren eine große Aufgabe für die Publizistik der Vertriebenenverbände!

Der Optimismus des Bernd Posselt

In einem Interview der tschechischen Zeitschrift „Tyden“ hat Bernd Posselt (CSU) seine Position zu den Beneš-Dekreten bekräftigt: „Sie stehen nicht im Einklang mit dem Europa des 21. Jahrhunderts. Es würde genügen, ihre Texte neben die der heutigen Europäischen Verträge zu legen - die Widersprüche sähen wir gleich.“ Er würde es begrüßen, wenn die Dekrete außer Kraft gesetzt würden, aber er wisse, dass „es Diskussionen und Zeit braucht“. Und er freue sich, dass „die Tschechen zu dieser Debatte bereit sind“. Posselt sagte jedoch nicht, wo und auf welche Weise eine solche „Bereitschaft“ zu erkennen sei, er verwies lediglich darauf, dass der frühere Kulturminister Daniel Hermann (nebenbei Vorsitzender der tschechischen Partnerorganisation der Ackermann-Gemeinde) vor zwei Jahren beim Sudetendeutschen Tag gesprochen hat, „wie bei ähnlichen Anlässen auch Pavel Bělobrádek, Petr Nečas und Bohuslav Sobotka aufgetreten sind“.

Allerdings hatten sich alle diese genannten Prager Politiker einer konkreten Aussage zu den Dekreten enthalten. In dem Interview betonte Posselt, dass er normalerweise nicht von zwei Nationen, sondern „eher von zwei Sprachgruppen“, der tschechischen und der deutschen, spreche. Bei beiden gebe es „bestimmte Tendenzen zu Aufregung

und Verwirrung“. Das sollte man loswerden und mehr gegenseitiges Vertrauen aufbauen. Eines Tages würden die jungen Leute auf beiden Seiten sagen: „Was sollen die blöden Dekrete, niemand braucht sie noch.“ Der Fragesteller hakte nach: „Sie leben also in dem Glauben, dass die Zeit kommt, wo die Tschechische Republik die Dekrete aufhebt?“ Die Antwort: „Ich bin mir sicher.“ Und auf die Frage „Glauben Sie, dass Wladimir Putin die EU zerstören will?“ entgegnet der ehemalige Europa-Abgeordnete Posselt: „Ja, das ist Putins Hauptstrategie. Deshalb betrachte ich es als Ehre, dass ich zusammen mit Fürst Karl Schwarzenberg und anderen tschechischen Politikern auf einer Liste mit 89 Menschen stehe, die nicht nach Russland einreisen dürfen.“

Foto: Mef.ellingen CC BY-SA 3.0



Bernd Posselt ist sich sicher, dass die Beneš-Dekrete abgeschafft werden.

Ein „Happening“ und Proteste auf der Burg

Demonstrationen zur Erinnerung an den Feber 1948

Im Westen ist die Erinnerung daran fast verblasst, in Prag erinnerten – bei eisigen Temperaturen – immerhin mehrere Bürgerinitiativen an die Machtübernahme der Kommunisten am 25. Februar 1948 – und an die Verbrechen, die in 41 Jahren Diktatur begangen wurden. Wer am 21. Feber am Sitz der KP im Stadtzentrum vorbeiging, erlebte ein „Happening“ auf tschechische Art. Vor den Eingang in das Gebäude hatten Demonstranten einen Tisch aufgestellt, auf ihm standen ein Waschbecken, daneben lagen ein Hammer und eine Sichel, zwei Hände aus Kunststoff waren mit roter Farbe beschmiert. Petr Marek, ein Sprecher der Veranstalter, erläuterte den Passanten den Sinn der Aktion: „Wir

erinnern daran, dass während der vier Jahrzehnte kommunistischer Diktatur Verbrechen verübt wurden, die bis heute nicht bestraft worden sind. Das Blut klebt symbolisch weiter an den Händen. Fast 30 Jahre nach der Wende sind die Kommunisten immer noch im Parlament vertreten, Wir haben 1990 nicht die Möglichkeit genutzt, die kommunistische Vergangenheit zu bewältigen. Die Kommunistische Partei schämt sich nicht, im Gegenteil, sie bekennt sich sogar zu ihrer Vergangenheit und zum totalitären Regime.“ Der Redner beklagte, dass mehrere Tausend Opfer des Regimes immer noch keine Gerechtigkeit erfahren haben. In einer Gesellschaft, in der die Wieder-

herstellung von Gerechtigkeit ausbleibe, würden Werte relativiert. „Dies ist auch eine der Ursachen vieler Probleme, die wir heute haben.“ Wortlos gingen KP-Mitglieder an den Bürgerrechtlern vorüber.

Auf der Burg, vor dem Amtssitz des Staatsoberhauptes, protestierten Mitglieder von Bürgerinitiativen gegen Präsident Miloš Zeman und den Chef der gegenwärtigen Minderheitsregierung, Andrej Babiš.

Sie warfen beiden Politikern undemokratisches Handeln und Nähe zum Kreml vor – und zogen damit Parallelen zu den Ereignissen vor 70 Jahren. Am 20. Feber 1948 waren die zwölf nichtkommunistischen Prager Minister

zurückgetreten. Die Kommunisten mobilisierten die sogenannte „Volksmiliz“, Zentralen nichtkommunistischer Parteien wurden durchsucht, Abgeordnete ohne Rücksicht auf ihre parlamentarische Immunität festgenommen. Am 25. Feber hielt Präsident Beneš dem Druck nicht mehr stand, er beauftragte KP-Chef Klement Gottwald mit der Bildung einer neuen Regierung. Auf dem Wenzelsplatz hielt Gottwald seine berühmte Rede: „Ich komme gerade von der Burg vom Präsidenten der Republik. Ich kann Ihnen mitteilen, dass der Präsident alle meine Vorschläge angenommen hat.“ Schon bald ist Gottwald der Präsident. Es senkt sich der Eiserner Vorhang über die Tschechoslowakei. Er hebt sich erst wieder im Herbst 1989.

Ein Kritiker rudert zurück

Der „Kurier“ und die „Schatten der Vergangenheit“

Gezielte Diffamierung von Vertriebenenverbänden gehört seit Jahrzehnten zum politischen Kerngeschäft der Linken. Doch auf der Suche nach „echten braunen Flecken“ kann sich so mancher der selbst ernannten Saubermänner schon mal verirren. So geschehen jüngst in Österreich. Der „Kurier“ aus Wien, mehrheitlich im Besitz des Raiffeisenkassenverbandes, polemisierte in einem Beitrag vom 4. Feber unter dem Titel „Schatten der Vergangenheit“ wortreich daneben. „Es findet sich, neben unorganisierten nazistischen Tendenzen in der Gesellschaft, immer noch organisierter Rechtsextremismus in Österreich“, zitierte der „Kurier“ Bernhard Weidinger vom einschlägig bekannten „Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes“

(DÖW). Und dazu zählten, fuhr das Blatt fort, „neben deutsch-nationalen Burschenschaften auch Vertriebenenvereine...“

Da musste sich selbst DÖW-Weidinger, der gerne und kräftig austeilt, zu einer „Klarstellung“ durchringen – zu heftig waren die Proteste, vornehmlich von sudetendeutscher Seite, gegen diese Vermengung. Weidinger legte in Antwortschreiben an seine Kritiker Wert darauf, dass es sich nicht um ein wörtliches Zitat handele, sondern um eine „Paraphrase“.

Die Passage, die ihm vom „Kurier“ zur Autorisierung vorgelegt worden sei, laute vielmehr: „Als Beispiel für Gruppen, die teilweise am rechten Rand agieren, nennt er (Weidinger) neben deutsch-nationalen Burschenschaf-

ten Vertriebenen-Vereine...“ Wie er festgestellt habe, sei das wichtige Wort „teilweise“ in der veröffentlichten Version nicht enthalten: „Die publizierte Formulierung lässt tatsächlich den Schluss zu, dass ich u.a. die Vertriebenenverbände pauschal dem Rechtsextremismus zuordnen würde“, räumte der DÖW-Funktionär ein. Es sei ihm wichtig zu betonen, dass „das keineswegs der Fall ist.“

Und weiter: „Es tut mir leid, dass meine Worte bzw. ihre Wiedergabe Sie – nachvollziehbarer Weise – gekränkt bzw. verärgert haben.“ Ein kleinlautes Eingeständnis. Allerdings verbunden mit einem verbalen Hieb gegen Witiukonen und einem undeutlichen Geräusch über „Akteure“ im Wiener Haus der Heimat.

Zitiert:

„Es hat Bewegungen in dem menschlichen Geschlechte gegeben, wodurch den Gemütern eine Richtung nach einem Ziele hin eingeprägt worden ist, wodurch ganze Zeiträume auf die Dauer eine andere Gestalt gewonnen haben. Wenn aber in diesen Bewegungen das Gesetz des Rechtes und der Sitte nicht ersichtlich ist, wenn sie nach einseitigen und selbstsüchtigen Zwecken ringen, dann wendet sich der Menschenforscher, wie gewaltig und fruchtbar sie auch sein mögen, mit Ekel von ihnen ab und betrachtet sie als ein des Menschen Unwürdiges.“
(Aus der Vorrede zu Adalbert Stifters „Bunte Steine“)

Mahner und Wergweiser für die junge Generation

VLÖ-Erklärung zum Gedenkjahr 2018 / Für ein gutes Miteinander in Europa

Ausgleich, Wahrheit und Versöhnung – diese Trias wird die Arbeit des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften (VLÖ) im großen Gedenkjahr 2018 bestimmen. Er will für die mit der „Gnade der späten Geburt“ ausgestattete junge Generation, für die Friede, Demokratie und Wohlstand in einem freien und vereinten Europa selbstverständlich sei, „Mahner und Wegweiser“ sein. Das zurückliegende Jahrhundert, so der VLÖ in seiner Anfang Feber veröffentlichten Erklärung, sei gekennzeichnet gewesen von nationalen und emotionalen Verirrungen: „Mit dem Ende des alten Europas und des Zerfalls von Großreichen, der Bildung vermeintlicher Nationalstaaten und Demokratisierung vieler Staaten in Mittel- und Ostmitteleuropa glaubte man, die Gräueltaten und Opfer eines

Weltkriegs zu überwinden. Das was kam, war dann die Potenz des Erlebten.“ Aufgezählt werden in der Erklärung unselige Friedensverträge, die Legitimierung von Bevölkerungstransfers im Vertrag von Lausanne, Nationalsozialismus, Holocaust, die Konferenz von Teheran, die Beschlüsse von Potsdam zur Vertreibung von 18 Millionen Deutschen und die kommunistische Machtergreifung in Prag (1948) – „eine Spur aus Blut, Zerstörung und Teilung“ im Europa des 20. Jahrhunderts. Plädiert wird für eine Politik im Geiste eines Europas der Regionen.

Der VLÖ-Text verweist ganz konkret darauf, dass die Heimatvertriebenen schon 1950 auf Rache und Vergeltung verzichtet haben, zum Beispiel in der Charta von Stuttgart. Seither setzten sie ihr Friedenswerk fort, ohne

auf das Aussprechen der geschichtlichen Wahrheit zu verzichten. Und so wollten sie besonders 2018 daran erinnern, „dass ein gutes Miteinander in Europa und im Besonderen in Ostmitteleuropa bedeutet, dass jedes Volk seine Geschichte annimmt und um Ausgleich mit seinen Opfergruppen des vergangenen Jahrhunderts bemüht ist“. Geschichte werde immer verschiedene Sichtweisen des Geschehenen in sich tragen.

Deshalb sei es das Bemühen des Verbandes, mit allen einen „gemeinsamen Grundkonsens“ herzustellen. Geplant sind Symposien mit Zeitzeugen und Wissenschaftlern.

Ausdrücklich bekennt sich der VLÖ dazu, einen Ausgleich mit Tschechien, der Slowakei und Kroatien zu finden. „Wir werden die Auflösung der Vernichtungslager Marschall Titos

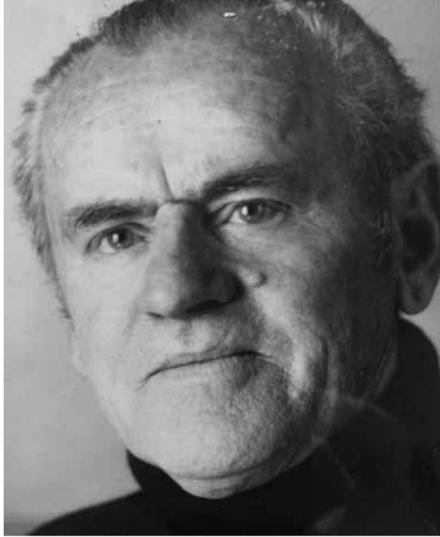
(1948) und das hunderttausendfache Leid mit Künstlern thematisieren. Die Anerkennung der deutschen Minderheit in Slowenien wird ebenso angesprochen werden, wie das Recht auf einen österreichischen Pass für alle deutschen Altösterreicher.“

Notwendig sei ein Gedenktag an Flucht und Vertreibung. Das Manifest gipfelt in der Ankündigung, einen „Grundstein“ dafür zu legen, „dass wir nicht auch noch aus der Geschichte vertrieben werden“.

Dazu gehöre der Erhalt der deutschen Sprache in den ehemaligen Heimatgebieten, wo dies möglich sei, die Pflege „steinerner Zeugen“ in den Vertreibungsländern und die Grundsatzentscheidung zu einem Museum „analog des Sudetendeutschen Museums in München, das sich gegenwärtig noch im Aufbau befindet.“

Tatsachenbericht eines Antifaschisten: Hermann Roscher

Jahnturnplatz am 9. Juni 1945 in Komotau. Das Naziregime war zu Ende. Noch waren die Rotarmisten außerhalb der Stadt und nach Westen zogen die letzten Wehrmachtstruppen ab. Viele Nazigrößen waren mit vollbeladenen Lastwagen dabei. So auch der letzte Nazibürgermeister Fiedler mit vollem Lastzug und andere hohe Parteibonzen. Die Sowjettruppen besetzten die Stadt. Für uns paar Antifaschisten schien nun die ständige Angst vor den Nazis gewichen zu sein. Wir machten uns auch gleich an die Arbeit, indem wir uns im Rathaus zusammenfanden und mit den tschechischen Freunden, mit denen wir illegal während der Naziherrschaft zusammengearbeiteten, Maßnahmen trafen, dass die Wasser- und Stromversorgung wieder in Gang kam. Wir waren nur einige Handvoll Leute! Es kam auch der erste Kontakt mit der Besatzungsmacht zustande. Man gab uns nach sorgfältiger Überprüfung Antifa-Ausweise und rote, mit Stempel versehene Armbinden. Die andere deutsche Bevölkerung musste weiße Armbinden tragen. So hofften wir gegenüber den Besatzungstruppen und den inzwischen gekommenen tschechischen Partisanen und sonstigen bewaffneten tschechischen Zivilisten geschützt zu sein. Dies traf aber später, besonders als die Rote-Armee später zum Großteil wieder abzog, nicht ein. (vistje Nemeč) Bist Deutscher! War Argument gegen uns und die alten Čech-Freunde gingen uns aus dem Weg und hatten selbst Angst. So waren auch wir „Freiwild“ geworden. Am 8. Juni hingen morgens überall Pla-



kate, dass sich alle männlichen Einwohner vom 14. - 65. Lebensjahr am 9. Juni 1945 am Jahnturnplatz um 9 Uhr früh einzufinden hätten. Wer zuhause angehtroffen wird, wird erschossen.

Da wir uns auf unsere Ausweise nicht verlassen konnten, mussten auch wir diesem Aufruf Folge leisten.

Meine Genossen und Freunde waren um die Zeit dort und wir blieben beisammen. Unsere roten Armbinden trugen wir am linken Arm. Unter den vielen Tausend Männern und Buben waren wir nur ein kleines Häuflein.

Der Jahnturnplatz war mit Stacheldraht und MGs gesichert. Auf einer Tribüne saßen tschechische Offiziere, Zivilisten und auch Offiziere der Roten Armee. In langen Reihen musste angetreten werden. Es waren mehr als 8 Tausend. Als erstes brüllte es durch den Lautsprecher: Alle diejenigen die sich als Antifaschisten oder Kommunisten ausgeben, haben sofort ihre roten Armbinden ver-

schwinden zu lassen. Mein Freund und ehemaliger Bezirksvorsitzender der KPČ zögerte mit der Abnahme der Binde. Ein bewaffneter tschechischer Offizier riss ihm die Binde und den Sowjetstern vom Arm und schlug ihm den Gewehrkolben in den Leib. Es war das erste Opfer dieser blutigen Aktion: Josef Meisl (ehem. Krankenkassenbeamter und alter Kommunist) brach zusammen.

Nun wollte man, dass man das Deutschlandlied singen soll und Heil auf den Führer ausrufen möchte, es kam aber nicht zustande, da die Pfuirufe über-tönt. Nun wurde jede Reihe abgefildet. Taschenmesser und ähnliches wurde abgenommen. Einige Teilnehmer wurden, da sie unabhkömmlich für Betriebe waren, abgerufen.

Doch nun begann die „Aktion“:

Wir Antifaschisten nahmen an, dass nun die Schuldigen, wie SS, SA usw., aussortiert werden und die anderen wieder heimgeschickt würden.

Aber es kam der Befehl „Hemden runter!“ Freiwillig trat natürlich kein Ehemaliger hervor. Nun ging der Schlägertrupp in Aktion. Sie suchten das Brandzeichen der Waffen-SS. Man zerrte meist noch junge Burschen aus der Reihe, egal ob er Versehrter war, und massakrierten ihn. Mit Gewehrkolben und Stahlruten drosch man so lange ein, bis zum unkenntlichen Fleischklumpen. Geschossen wurde nur an den Beinen und sonstigen nichttödlichen Körperteilen. Eine Reihe vor mir stand ein Beinamputierter. Als die Rei-

he an ihn kam, sprang er einbeinig auf seinen Peiniger los. Ein Gewehrkolben traf ihn zuvor am Schädel. Dann folgten Schüsse, die Kleider wurden vom Leib gerissen, ein blutiger Fleischklumpen war der Rest.

Es war der Sohn des Gärtnereibesitzers Neudlinger beim Komotauer Friedhof. Anfang des Krieges verlor er ein Bein! Das Kennzeichen, das die Nazis den jungen Menschen als Waffen-SS Angehörige einbrannten, wurde vielen zum Verhängnis! Ein Vater deckte seinen Sohn mit seinem Leibe. Beide wurden wie Hunde erschlagen. Schreie und Schüsse, Kommandorufe hörte man durcheinander. Sadisten schütteten Salzwasser über aufgeschlitzte Leiber.

Und das alles mussten Tausende mit ansehen und oben auf den Tribünenbänken saßen zivilisierte Menschen und ergötzten sich des sadistischen Mordes. Es waren alle die da den grausamen Tod fanden keine großen Tiere vom Reich. Die Hauptschuldigen hatten sich bereits vorher nach dem Westen abgesetzt. Der Nazibürgermeister von Komotau war weit weg und war später Flüchtlingsminister in Baden. Die anderen Größen waren im Westen untergetaucht. Nach mehr als 3 Stunden konnten wir das Hemd wieder anziehen. Es erfolgte der Abmarsch. Vorbei ging es an dem Berg voll grün und blauen Leibern am Fuße des Denkmals des Deutschen Ritterordens.

Dort lag der Menschenhaufenklumpen! 4 m mal 40 m.

Die anderen kamen ins tschechische KZ nach Malthauern im Todesmarsch.

Stimmen aus dem Westen – vor 80 Jahren!

(Neue Freie Presse, 29. März 1938)

Das Sudetendeutsche Problem

(Drahtbericht der „Neuen Freien Presse“)

Paris, 28. März. Noch immer ist die Diskussion über die große prinzipielle außenpolitische Erklärung des britischen Premierministers nicht verstummt und rollt in breitem Maße die europäischen, vor allem die mitteleuropäischen Fragen auf. So befaßt sich die einflußreiche Pariser Zeitschrift „Le Capital“ mit dem sudetendeutschen Problem in einem bemerkenswerten Artikel. Die böhmische Industrie befindet sich zum großen Teil in den Händen der Sudetendeutschen. Die tschechischen Bauern könnten keinen besseren Kunden als die Deutschen haben. Mit einem Appell zur Realpolitik und einer Warnung vor dem Chauvinismus schließt der Aufsatz.

Auch in England nimmt die Diskussion über Mitteleuropa ihren Fortgang. So schreibt der konservative Abgeordnete A. Remsley im „Daily Telegraph and Morning Post“: Wieviel Leute wüßten in England, daß in den ersten zehn Jahren seit der Friedenskonfe-

renz die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei zwanzigmal an den Völkerbund appelliert habe und daß keiner dieser Appelle gehört worden sei? Das ausdrückliche Versprechen, unter voller Beachtung der Minderheitenrechte zu regieren, sei niemals eingehalten worden.

Im „Observer“ bringt Garvin das Versprechen aus dem Jahre 1919 in Erinnerung, in der Tschechoslowakei nach dem Schweizer Prinzip zu regieren. Im gleichen Blatt veröffentlicht der Reiseschriftsteller Major F. Yeats-Brown eine Reportage aus der Tschechoslowakei, worin er seine Eindrücke von dem Elend und der Arbeitslosigkeit in dem deutschen Grenzgebiet schildert. Er vergleicht das Grenzdorf Zinnwald, das in seinem auf tschechoslowakischem Gebiet gelegenen Teil allein hundert Arbeitslose habe, während im deutschen Ortsteil nicht ein einziger Mann feiere. Weiter bringt Yeats-Brown Berichte über Unterernährung der Arbeiterbevölkerung, über den düsteren Eindruck, welchen die stillgelegten Fabriken etwa in Dux,

Rosenkranz, Probsthan usw. vermitteln.

Hodza über die Minderheiten.

Prag, 28. März. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Hodza gab am Montagabend über alle tschechoslowakischen Sender eine Regierungserklärung ab.

Wenn man, sagte er, die Lage mit nüchternem Kritizismus prüfe, dann könne man nicht leugnen, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen der tschechoslowakischen Minderheitenpolitik zum Gegenstand des Streites zwischen den Parteien geworden sei. Deshalb trete die Republik jetzt in eine neue Phase ihrer Minderheitenpolitik. „Wir müssen uns einmal sagen, daß unsere Minderheitenpolitik noch immer an einer gewissen Unproportionalität leidet. Heute ist es an der Zeit, durch einen einzigen zusammenfassenden Akt alle schon geltenden Minderheitenmaßnahmen zu einem einzigen schematischen Gesetzeswerk zusammenzufassen, möge es sich um Maßnahmen handeln, die in der Verfassungsurkunde, im Sprachengesetz oder in einer ganzen Reihe von Teil-

maßnahmen der Gesetzgebung oder Verwaltung enthalten sind. Es ist ein Gebot der Zweckmäßigkeit, unsere heutige Minderheitenpolitik auch nach der formalen Seite hin zu vollenden.“

So schloß er: „Es droht keine internationale Gefahr, es droht kein Konflikt aus der Nachbarschaft. In ganz Europa besteht eine Situation, in der es möglich ist, zu einer friedlichen Vereinbarung zu kommen, und die Tschechoslowakei arbeitet gemeinsam mit anderen darauf hin. Auch im Innern werden wir weiter ruhig vorgehen.“

Polenfront in Tschechoslowakei

Warschau, 28. März. In Mährisch-Ostau schlossen sich, wie die polnische Presse berichtet, am Sonntag sämtliche polnischen Organisationen in der Tschechoslowakei zu einer geschlossenen Front, dem Verband der Polen in der Tschechoslowakei, zusammen.

Die polnische Telegraphenagentur gibt eine Verlautbarung des neuen Verbandes bekannt, wonach dieser Autonomie für die polnische Bevölkerung der Tschechoslowakei fordert.

Griff in die Geschichte

Ludwig Czech und die „pochenden Herzen“ - Vor 90 Jahren: Der Parteitag der Sozialdemokraten in Prag

Es war ein Datum von durchaus historischem Rang, es gehört in die Reihe der Achterjahre, die für Deutsche und Tschechen so prägend waren, aber heute werden sich nur noch Geschichtskundige daran erinnern. Vor 90 Jahren, genauer: am 28. Jänner 1928, trafen sich in Prag – zum ersten Mal tschechische, sudetendeutsche, polnische und russinische (ruthenische) Sozialdemokraten – zu einem gemeinsamen Kongress. Die mehreren hundert Delegierten kamen zusammen, um „praktisch eine tschechoslowakische sozialistische Internationale zu gründen“ – so die Historische Kommission der heutigen Sozialdemokraten in der Tschechischen Republik. Mit dabei waren Vertreter der Sozialistischen Internationale, darunter auch ihr Generalsekretär **Friedrich Adler**. Sie erklärten, dass es in fast keinem Mitgliedsland der Internationale zu einem vergleichbaren Akt gekommen sei. Zitat aus dem Bericht der Historischen Kommission: „Und es wurde in Europa und sogar weltweit als ein Sieg des sozialdemokratischen Geistes gesehen.“ Das sei in der Tschechoslowakei zu jenem Zeitpunkt durchaus von Bedeutung gewesen, hieß es in einer Sendung von Radio Prag. Denn 1928 habe eine bür-

gerliche Koalition die Regierungsgeschäfte übernommen und bescheidene soziale Errungenschaften seien wieder über Bord geworfen worden. „Der Antritt der bürgerlichen Koalition führte dazu, dass sich alle sozialistischen Parteien – also die deutsche DSAP, die Volkssozialisten und die tschechischen Sozialdemokraten – zu einer gewissen Einheit gedrängt fühlten. Das heißt, man wollte seine Stellung im politischen Gefüge zurückgewinnen, die man bei den Wahlen 1925 verloren hatte“, beschrieb der Leiter der Historischen Kommission, **Jiří Malinský**, die damalige Situation. Er bezieht das auch auf das Verhältnis zu der Kommunistischen Partei, die 1925 aus dem Stand zur stärksten linken Kraft geworden war, aber in Abhängigkeit von Moskau geriet. Sozialisten und Sozialdemokraten gaben sich Mühe, Überläufer zur KP zurückzuholen.

Radio Prag vergaß nicht zu erwähnen, dass sich deutsche und tschechische Sozialdemokraten nach der Gründung der ČSR „überhaupt nicht grün“ waren. Denn die Sudetendeutschen beriefen sich wie Tschechen und Slowaken auf die 14 Punkte für eine europäische Friedensordnung, die der amerikanische Präsident **Woodrow Wilson**

aufgelistet hatte. Unter Punkt 10 hatte Wilson formuliert, dass den Völkern Österreich-Ungarns „die freieste Gelegenheit zu **autonomer Entwicklung** zugestanden werden“ sollte – woran sich die ČSR-Führung überhaupt nicht hielt. Heute ist – vor allem im Westen – nur noch wenigen präsent, dass sich die DSAP damals **nationale Selbstbestimmung** für die Deutschen in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien gewünscht hat. Sie präferierte den Gedanken, sich dem damals sozialistischen Österreich oder dem sozialdemokratischen Deutschland von Weimar anzuschließen. Das Aufgehen der Sudetendeutschen in dem jungen tschechoslowakischen Staat lag nicht in der Absicht vieler Mitglieder und Funktionäre der DSAP. Erst in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wendete sich das Blatt. „Man erkannte, dass man sich mit den Grenzen und der Existenz der Tschechoslowakei abfinden musste sowie mit dem Schicksal, nur Teil dieses Staates zu sein. Und man fing an, konstruktiv Politik zu machen“, zitierte Radio Prag **Thomas Oelermann** von der Friedrich-Ebert-Stiftung. „Man sagte sich: Jetzt müssen wir eben das Maximum aus der Lage machen und das Beste für unsere Minderheit erreichen. Das war dann das, was als **aktivistische Politik** bekannt geworden ist – eine konstruktive Teilha-

be an den Geschicken dieses Staates.“ Und genau darauf lief die Politik des DSAP-Vorsitzenden **Ludwig Czech** auf dem Parteitag von 1928 hinaus. „Pochenden Herzens treten wir in die Beratungen ein, von denen wir hoffen, dass sie ein historischer Wendepunkt sein werden in unserer großen Arbeit, in unserem schwierigen Kampfe, in unserem harten Schicksal“, sagte Czech in seiner Eröffnungsrede. 1929, als die linken Parteien bei der Parlamentswahl erstarkten, trat die DSAP in die Regierung ein, Czech wurde Minister für Sozialfürsorge. Es ist die Zeit der Weltwirtschaftskrise, von der besonders die auf Export angewiesenen Unternehmen in den Sudetengebieten hart getroffen wurden. Kommentar von Radio Prag: „Hier verlieren überproportional viele Menschen ihre Beschäftigung. Im Winter 1933/34 sind zwei Drittel der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei Deutsche. Auch das führt dazu, dass sich viele Sudetendeutsche vom Staat abwenden.“ Es begann der Aufstieg der Sudetendeutschen Heimatfront, die später den Namen Sudetendeutsche Partei annahm. Versuche, den zentralistischen Staat zu reformieren und den Minderheiten entgegenzukommen, etwa in der Verwaltung, kamen nicht voran – oder zu spät. Der Nationalitätenstaat Tschechoslowakei musste scheitern. (fac)

Südtiroler Komitee für Minderheitenschutz

Daran könnten sich andere Länder, Regionen und Organisationen ein Beispiel nehmen: Ein Südtiroler Promotorenkomitee der „Minority Safeback“-Initiative will mithelfen, den Minderheitenschutz in der Europäischen Union voranzutreiben. Landeshauptmann Arno Kompatscher hat bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport zum Mitmachen eingeladen. „Durch die eigene Präsenz dabei zu sein, heißt, ein positives Zeichen für die Autonomie und für die gesetzliche Verankerung des Minderheitenschutzes in der gesamten EU zu setzen“, sagte Kompatscher. In der EU leben etwa 50 Millionen Menschen, die Minderheiten angehören. „Doch während hierzulande die Autonomie weitreichenden Schutz und große Gestaltungsmöglichkeiten bietet, haben andere Minderheiten keine oder nur begrenzt Rechte dieser Art“, sagte der Landeshauptmann. Mit der Bürgerinitiative wird die EU aufgefordert, den Schutz für Angehörige nationaler Minderheiten und Sprachminderheiten zu verbessern, sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu stärken. Dafür braucht es allein in Italien 54.750 Unterschriften. Die „Sudetentpost“ hat über die Initiative bereits

berichtet. Der Südtiroler Landtag hat im September 2017 beschlossen, das „Minority Safeback“-Projekt der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) zu unterstützen. Die Landesregierung wurde beauftragt, die Bevölkerung zu informieren. Dabei soll einem Komitee aus bekannten Persönlichkeiten eine tragende Rolle zukommen. Auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Deutschland und Österreich unterstützen dieses Vorhaben.



Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher. Foto: BMEIA, Dragan Tatic

Gustav Peichl wird 90 Jahre alt

Der Architekt und Karikaturist Gustav Peichl feiert in Kürze seinen 90. Geburtstag. Geboren am 18.3.1928 in Wien, ging er ab 1938 in Mährisch-Trübau (Schönhengstgau) in die Oberschule, später war er bis 1947 technischer Zeichner am dortigen Stadtbauamt. Peichl studierte bis 1953 Architektur an der Akademie der bildenden Künste in Wien; er war Schüler von Clemens Holzmeister. Von 1952 bis 1954 war Peichl Mitarbeiter im Atelier von Roland Rai-

ner. 1955 eröffnete er ein eigenes Architekturbüro; 1991 erfolgte die Gründung des Ateliers Peichl & Partner und 2002 die Neugründung Peichl & Partner ZT mit Rudolf Weber. Bekannt ist unser Jubilar vielen unter dem Pseudonym **Ironimus**, wo er Karikaturen u.a. für Die Presse, die Süddeutsche Zeitung und den ORF anfertigte. 1993 wurde Gustav Peichl beim Sudetendeutschen Tag mit dem Großen Sudetendeutschen Kulturpreis ausgezeichnet.

„Ein Traum ist ausgeträumt“

In einer pessimistischen Nachbetrachtung zum tschechischen Präsidentschaftswahlkampf im Jänner bemerkte das Prager Online-Magazin „Powidl“: „1968 wälzten sowjetische Panzer den Prager Frühling nieder und brachten zwei Jahrzehnte der ‚Normalisierung‘ übers Land. Solch starke Einschnitte muss man vom ‚8er-Jahr‘ 2018 noch nicht befürchten. Dennoch führt die Weichenstellung vom Jänner zu einer Reihe von Konsequenzen. Der Traum von der Tschechischen Republik als Teil eines geeinten Europas ist ausgeträumt. Of-

fensichtlich wurde, dass die Mehrheit des ‚Landes im Herzen Europas‘ sich genau dort nicht wohlfühlt. In keinem Wahlkampf zuvor wurden die Ideale der Samtenen Revolution derart massiv attackiert wie in diesem. Noch nie war man derart erfolgreich wie jetzt... Die Präsidentenmaschine wird indes viel öfter Richtung Moskau oder Peking abheben als Richtung Brüssel, Berlin oder Paris. Die Republik wird in den nächsten Jahren nicht mehr die Brücke zwischen Visegrád und Westeuropa sein; sie wird selbst eine Brücke benötigen.“

Die Verbindungen bestehen auch heute noch

Der Historiker Bernd Rill über die Beziehungen zwischen Bayern und Böhmen und seine eigenen Wurzeln

Herr Rill, wann lassen sich historisch die ersten Gemeinsamkeiten zwischen Bayern und Böhmen finden?

Nach dem bayerischen Landeshistoriker Max Spindler sind die Bajuwaren im 5. und 6. Jahrhundert allmählich von Böhmen her in Bayern eingewandert. Es waren Germanen mit Beimischungen dabei, es könnten auch versprengte allerletzte Hunnen gewesen sein. Das war ein allmählicher Stammesbildungsprozess. Und einer der Faktoren, die zur Stammesbildung beigetragen haben, war die Wanderung der Germanen von Böhmen ins Donauland. Es ist aber nur eines der Elemente beim Stammesbildungsprozess der Bajuwaren.

Gibt es bestimmte geistliche Verbindungen zwischen Bayern und Böhmen seit dem Mittelalter?

Ja, die gibt es sicherlich. Mit der deutschen Einwanderung sind im Mittelalter auch Bayern nach Böhmen gekommen, da war auch geistliches Personal dabei. Verschiedene Klostergründungen sind – sehr vereinfacht gesagt – durch bayerische Kleriker vermittelt worden, und die ersten Mönche im Kloster stammten manchmal aus Bayern. Diese Verbindungen bestehen auch heute noch. Es gibt beispielsweise gemeinsame bayerisch-tschechische Böhmerwald-Wallfahrten. Diese Verbindungen sind nicht abgerissen.

Hat die in Böhmen entstandene hussitische Bewegung im 15. Jahrhundert auch das Geschehen in Bayern beeinflusst?

Ich glaube, dass bei der Bevölkerung des damaligen Herzogtums Bayerns und bei den verschiedenen Grafen, die damals in der Oberpfalz saßen, das hussitische Gedankengut keine Rolle gespielt hat. Die Hussiten haben Sympathien in einigen größeren deutschen Städten gehabt – da gab es ein paar Anhänger in München und auch in Nürnberg. Das waren aber sehr spärliche Gruppen, obwohl bekannt ist, dass das hussitische Gedankengut im Heiligen Römischen Reich auch außerhalb Böhmens und Mährens rezipiert worden ist. Ein Beispiel dafür: Als Luther begann, seine reformatorische Bewegung zu führen, gab es jedenfalls unter den frommen Leuten und den Theologen allgemeine Kenntnisse über das Wesentliche des Hussitentums. Denn die Utraquisten haben im ganzen 15. Jahrhundert auch nach Ende der Hussitenkriege eine sehr wichtige Rolle gespielt. Ich erinnere nur an den böhmischen König Georg von Podiebrad.

Sie haben vor kurzem ein Buch über Luther herausgebracht. Gibt es da Bezüge zu den Böhmisches Ländern?



Bernd Rill, der bayerische Historiker mit Brünnener Wurzeln bei seinem Auftritt in Prag.

Natürlich. Luther hat sich zu Beginn seiner Laufbahn auf Hus berufen. Bekannt ist Luthers Streitgespräch mit Doktor Johannes Eck von 1519, in dem Luther dem Konstanzer Konzil vorwirft, dass er Hus auf dem Scheiterhaufen verbrennen ließ, ohne ihn angehört zu haben. Dies widersprach dem lutherschen Ideal einer freien Diskussion besonders in Glaubensfragen. Luther und Hus, das ist bestimmt ein interessantes Thema. Aber mein Buch konzentriert sich eher darauf, das Verhältnis der beiden großen christlichen Konfessionen, der Katholiken und der Evangelischen, in Deutschland seit Luther darzustellen.

Gab es in der Geschichte Momente, in denen die Böhmen einen bayerischen Herrscher hätten haben können?

Ja, zweimal. Erstens 1526, als Ludwig Jagiello ohne Erben gestorben ist. Es gab großes Interesse bei den Habsburg-Gegnern in ganz Europa, dass die Habsburger ihre Erbansprüche auf Böhmen nicht geltend machen. Für einige Wochen herrschte diplomatische Konjunktur für den Herzog von Bayern. Aber Ferdinand, der Bruder Karls V., war diplomatisch schlauer als Ludwig von Bayern. Der zweite Moment für die Bayern kam während des Österreichischen Erbfolgekrieges, als die Franzosen, die Schutzmacht der Bayern, daran interessiert waren, die Habsburger Macht zu verkleinern. Sie wollten Böhmen aus den Habsburger Ländern herausbrechen und haben diese Aufgabe dem bayerischen Kur-

fürsten übertragen. Der ist dann natürlich mit kräftiger französischer Nachwirkung auch zum Kaiser ausgerufen worden. Der bayerische Kurfürst Karl Albrecht ist in Prag eingezogen, hatte Sympathien im Landvolk und in der Aristokratie. Es ist ihm die Königshuldigung widerfahren, obwohl die Adeligen einige Monate vorher schon Maria Theresia gehuldigt hatten. Er hatte also eine Partei im Lande. Er fand Unterstützung für seine böhmische Königsherrschaft nicht nur bei den Franzosen, auf die es vor allem ankam, sondern auch bei den Preußen, da diese an der Schwächung Österreichs interessiert waren. Dieser Weg erwies sich jedoch als Sackgasse, da die Preußen nur Schlesien haben wollten und sonst nicht an der Zerstörung der Monarchie interessiert waren.

Herr Rill, ihre Eltern stammten aus Brünn/Brno. Hat Sie dies bei der Wahl Ihres Studienfaches Geschichte beeinflusst?

Nein. Denn ich bin sozusagen wurzellos aufgewachsen, abgesehen davon, dass meine Eltern manchmal miteinander auch Tschechisch gesprochen haben. Das konnten sie fließend. Im Laufe der Zeit habe ich doch ein größeres Interesse für das Land meiner Vorfahren entwickelt. Es besteht eine gewisse Affinität meinerseits,

die unbewusst oder bewusst ist. Deswegen habe ich auch ein Buch mit dem Titel, Böhmen und Mähren. Geschichte im Herzen Europas geschrieben. Darum bin ich jedoch gebeten worden.

Ob ich das aber auch gemacht hätte, wenn ich nicht dort herkäme, weiß ich nicht. Es ist eine unsentimentale, undramatische Sache für mich, aber ich kann meine Wurzeln nicht verleugnen. Wie Hugo von Hofmannsthal in einem Gedicht gesagt hat: „Ganz vergessener Völker Müdigkeiten kann ich nicht abtun von meinen Lidern.“

Kommen Sie öfter nach Tschechien?

In letzter Zeit ja. Das ist so eine Spezialität von mir. 2016 habe ich mehrere Orte besucht, die ich zuvor nicht kannte. Zuvor habe ich Olmütz und das Altvatergebirge besucht. Auf der Rückreise habe ich mir die herrliche Stadt Leitomischl und die Burg Rosenberg in Südböhmen angeschaut. Das hat mich begeistert. Was mich auch stark beeindruckt hat, war die historische Substanz von Olmütz. Das Altvatergebirge ist eine majestätische Sache – das ist Adalbert Stifter und Joseph von Eichendorff in Einem sozusagen.

Bernd Rill hat Rechtswissenschaften und Geschichte studiert. Er hat viele Bücher zur Historie geschrieben, darunter ein zweibändiges Werk mit dem Titel „Böhmen und Mähren. Geschichte im Herzen Mitteleuropas“. Auf Einladung des Kulturverbands der Bürger deutscher Nationalität, des Prager Sudetendeutschen Büros und der Repräsentanz des Freistaats Bayern in Tschechien hat Bernd Rill vor kurzem Prag besucht. Er hielt einen Vortrag zum Thema „Historische Gemeinsamkeiten Bayerns und Böhmens“. Bei dieser Gelegenheit entstand das Gespräch mit Martina Schnebergová von Radio Prag, die der SUDETENPOST freundlicherweise die Genehmigung zum Abdruck des Interviews erteilte und das Foto zur Verfügung stellte.

„Es ist eine unsentimentale und undramatische Sache für mich, aber ich kann meine Wurzeln nicht verleugnen.“

Erinnerungen an 1918

Wir treten in das zehnte Jahr seit dem Umsturz der staatlichen Verhältnisse ein. Es wird ein Jubeljahr des Tschechenstaates, ein Anlaß zu deutscher Selbstbesinnung sein. Als Vorspiel sudetendeutscher Betrachtungen begann fast genau am neunten Jahrestage der tschechischen Staatsgründung im Prager Parlamente eine Erörterung, die der Obmann der sudetendeutschen Regierungspartei des Bundes der Landwirte mit einer würdelosen Beschimpfung unserer Freiheitsbewegung von 1918 einleitete. Bevor wir aber den Verlauf der Aussprache schildern, geben wir dem nationalen Gegner das Wort. Kürzlich erschien in der politischen Bücherei des Prager Orbis-Verlages ein bemerkenswertes tschechisches Buch aus der Feder von Dr. Jan Opočenský mit dem Titel „Die Entstehung der nationalen Staaten im Oktober 1918“.

Ihm folgend setzen wir die tschechische Darstellung hierher.

Ein Kapitel handelt von Deutschböhmen. Hier wird unter anderem folgendes ausgeführt: Deutschböhmen, wie es in den ersten zwei Sitzungen der österreichischen Nationalversammlung formuliert wurde, sollte eine Fläche von 26.000 Quadratkilometern mit drei Millionen Einwohnern umfassen. Dazu sollten auch die Sprachinseln Brünn, Iglau und Olmütz gehören. Alle diese Gebiete sollten unter der Oberhoheit Deutschösterreichs stehen und in dessen Parlament vertreten sein, unter anderem auch das nordmährische und schlesische Industriegebiet (um Mährisch-Ostrau), und zwar so lange, als für dieses Gebiet keine gemeinsame Verwaltung auf Grund einer Einigung zwischen der Tschechoslowakei und Österreich geschaffen würde.

Die deutschösterreichischen Behörden begannen in diesen Gebieten Anfang November 1918 zu amtieren. Am 2. November erschienen die Mitglieder des Wiener Staatsrates Dr. Freißler und H. Jokl in Troppau. Am 3. November erklärte das Znaimer Gebiet seinen Anschluß an Niederösterreich und am 10. November trat der neu ernannte Bezirkshauptmann Hieronymus Graf v. Oldofredi seinen Posten an. In Deutschböhmen übernahm bereits Abg. Hartl am 31. Oktober das Militärkommando in Leitmeritz. Landeshauptmann wurde nach Pacher – der nur drei Tage sein Amt behielt – Abg. Rudolf Lodgman v. Auen. Am 6. November konstituierte sich der Landtag von Deutschböhmen. Durch Verordnung des deutschösterreichischen Staatsrates wurde am 8. November ein Kreisgericht in Trautenaunau aktiviert, am selben Tage ein Oberlandesgericht in Reichenberg errichtet. Für die südböhmischen und süd-mährischen Gebiete, die dem Oberlandesge-



richt Wien unterstellt wurden, errichtete Deutschösterreich neue Behörden. Durch das Gesetz vom 18. November 1918 wurden die Wahlen in die österreichische konstituierende Nationalversammlung ausgeschrieben, auch wurde die Wehrmacht (Volkswehr) organisiert.

So amtierten in den deutschen Gebieten die tschechischen und österreichischen Behörden nebeneinander. Obwohl die Arbeit der deutschösterreichischen Behörden gegen die tschechische Republik gerichtet war, kam sie dieser doch zugute, und zwar dort, wo diese im Anfang schwer etwas ausgerichtet hätte. Die Macht der österreichischen Behörden reichte aber nicht so weit, wie die Ansprüche der sie leitenden Politik. Die deutschen Sprachinseln waren für Österreich schon am ersten Umsturztag verloren. Opočenský behauptet, daß die tschechische Verwaltung vom ersten Augenblick an zielbewußter und fester war als die österreichische.

Schon die ersten Beschlüsse vom 24. Oktober des Vollzugsausschusses der österreichischen Parteien, der die provisorische Nationalversammlung bildete, setzten Verhandlungen zwischen den Nachfolgestaaten über die Übergabe der Verwaltung an die nationalen Regierungen voraus. Die ersten nichtoffiziellen Verhandlungen zwischen den Führern des tschechischen Nationalausschusses und den deutschen Politikern fanden am 30. Oktober in Prag statt. Sie waren nicht offiziell, weil der Vollzugsausschuß der deutschen Abgeordneten dem Dr. Lodgman keine Ermächtigung zu offiziellen Verhandlungen erteilt hatte. Dr. Lodgman wollte den tschechischen Anspruch auf die „Einheit des Landes“ nicht anerkennen.

Die Verhandlungen hatten natürlich kein Ergebnis. Der Gegensatz zwischen beiden Lagern wurde bei den Verhandlungen des tschechischen Nationalausschusses mit dem Führer der sudetendeutschen Sozialdemokraten Josef Seliger und den Vertretern Wiens (Hein, Führer und Skaret) am 18. November besonders augenfällig. Am 8.

November hatte der tschechische Vertreter in Wien, Tusar, eine Note des österreichischen Außenamtes erhalten, in welcher gegen die Besetzung deutschen Gebietes durch tschechische Streitkräfte protestiert wurde. Am 9. November verfügte der österreichische Staatsrat, daß alles zu geschehen habe, damit die Landesverwaltung in Deutschböhmen und Sudetenland ins Leben treten könne. So entstand ein schwerer Konflikt mit den Tschechen.

Die Regierung Deutschböhmens wandte sich in der Note vom 12. November an den Präsidenten Wilson mit der Beschwerde, daß die tschechoslowakische Regierung Deutschböhmen am Vollzug des Selbstbestimmungsrechtes hindere. Die Regierung Sudetenlands sandte am 17. November an den Präsidenten Masaryk und den Ministerpräsidenten Kramarsch ein Telegramm, in dem die Einleitung von Verhandlungen über eine Demarkationslinie zwischen beiden Staaten verlangt wurde. Dagegen protestierte die tschechoslowakische Regierung am 22. November beim Völkerbund gegen den Waffentransport aus Österreich nach Nordböhmen und Mähren über Bayern. Am 23. November protestierte die österreichische Regierung bei Tusar gegen die Besetzung von Bilin, Themenau und Landskron durch die Tschechen.

Am 13. Dezember protestierte die Regierung Dr. Renners bei den Regierungen der Entente gegen die Belassung der deutschen Gebiete bei der Tschechoslowakei, am 16. Dezember unterbreitete sie ihnen einen Vorschlag betreffend der Festsetzung der Grenzen beider Staaten im Wege der Arbitrage. Auf Einschreiten Beneš lehnte die französische Regierung am 21. Dezember diesen Vorschlag ab und teilte der österreichischen Regierung mit, daß die Frage der strittigen Grenzen von der Friedenskonferenz gelöst werden würde und die Tschechoslowakei bis dahin die bisherigen „historischen Grenzen“ Böhmens, Mährens und Schlesiens haben solle.

Die Rechtsgrundlage (???) für die militärische Besetzung der deutschen Ge-

biete lieferten der tschechoslowakischen Regierung die Bestimmung des Artikels 4 des Waffenstillstandsvertrages vom 3. November 1918, nach welchem die Verbündeten das Recht haben sollten, alles Gebiet militärisch zu besetzen, soweit sie dies zur Aufrechterhaltung der Ordnung für nötig halten würden.

Die Proteste der österreichischen Regierung vom 14. Dezember gegen die Besetzung deutscher Gebiete durch die Tschechen konnten nichts mehr daran ändern, daß der Traum von Deutschböhmen und Sudetenland zu Ende geträumt war. Soweit das tschechische Buch, welches naturgemäß der historischen Wahrheit oft in sehr weitem Bogen auszuweichen sucht.

Der Kampf um unser Recht 1918

Den Auftakt einer reinigenden Wechselrede unter den sudetendeutschen Parlamentariern lieferte der landbändlerische Obmann Abg. Franz Windirsch, Direktor der landwirtschaftlichen Lehranstalt in Reichenberg, der vor den Tschechen am 28. November also sprach:

„Nach dem Umsturz hat die deutsche Führung die größten politischen Fehler begangen, und sie hat damals vollkommen versagt. Die deutschen Vertreter, die an der Quelle des politischen Geschehens in Wien weilten, mußten wissen, was bevorsteht, und sie mußten auch schon, nachdem Österreich nicht mehr zu halten war, ihren politisch erreichbaren Plan für die Zukunft festgelegt haben. Sie mußten aber weiter wissen, daß Wilsons Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung nur für die Sieger (!!!) und nicht für die Unterlegenen geprägt war und daß, insoweit Böhmen in Betracht kam, die Zusammenhänge eines Landes, das topographisch und hydrographisch schon von Natur aus ein Ganzes bildet und dessen Geschichte schon immer einen einheitlichen Wesenszug genommen hatte, nicht zerrissen werden können. Sie mußten ferner wissen, daß ein vollkommen wehrloses Volk, wie es damals die Sudetendeutschen waren, ohne Schutz auf gewaltsamen Wege nichts zu erreichen vermochte. In dieser Hilflosigkeit befanden sich die Sudetendeutschen übrigens schon lange vor dem Umsturz, denn ihre Vertreter ließen es geschehen, daß die Kader der sudetendeutschen Regimenter nach Ungarn und Tirol verlegt wurden, während wir mit polnischen und ungarischen Kadern beglückt worden sind. Die deutschen Vertreter zogen es vor, nach dem Umsturz die Groteske der deutschböhmischen Landesregierungen aufzuführen, aber auch die nur mit einer unzureichenden Rollenbesetzung, weil der größte Teil der deutschböhmischen Vertreter es

vorgezogen hatte, in der sicheren Obhut Wiens zu bleiben. Welcher Ernst dieser Episode politischer Lächerlichkeit schon damals beigemessen wurde, ist übrigens aus dem Umstande zu ersehen, daß der zuerst für das Amt des Landeshauptmanns für Deutschböhmen ausersehene Abg. Rafael Pacher erst tagelang auf sich warten ließ, ehe er nach dem Sitz der Landesregierung, nach Reichenberg kam. Und von hier verschwand er bereits spurlos nach einem wenigstündigen Aufenthalte. Es ist notwendig, einmal offen und rückhaltlos über diese Dinge zu sprechen, die bereits der Geschichte angehören, weil nur so in Zukunft vermieden werden kann, in ähnliche Fehler zu verfallen.“

Auf diese schamlose Verhöhnung des sudetendeutschen Freiheitskampfes in schwerster Zeit antworteten sofort die Vertreter der sudetendeutschen Opposition.

Abg. Eugen de Witte (Sozialdemokrat) erklärte:

„Der Redner des Bundes der Landwirte hat sich dazu hergegeben, die Umbiegung der geschichtlichen Wahrheit über die Lage zur Zeit des Zusammenbruches Österreichs, die der Ministerpräsident im Budgetausschuß versuchte, hier nicht nur zu wiederholen, sondern sie 'als Deutscher' sozusagen noch besonders zu unterstreichen. Er setzte diesem beispiellos unwürdigen Akt die Krone auf, indem er über die 'Groteske der deutschböhmischen Landesregierung' Witze riß, für die er die Lacher nur auf der Seite derer suchen kann, die aus angeborenem Knechtssinn den Drang der Völker nach Freiheit und Gerechtigkeit nicht zu fassen vermögen oder die nur an ihre Geldtasche denken. Er hat sich über den ehemaligen Landeshauptmann Dr. Lodgman lustig gemacht, der sich hier nicht wehren kann. Deutschböhmische Landesregierung, das heißt nicht nur Dr. Lodgman, sondern auch Josef Seliger, Oswald Hillebrand, das heißt beste, allerbeste Männer des sudetendeutschen Volkes, das heißt nicht 'irrender Nationalismus', sondern eines der Ausdrucksmittel des sozialistischen Widerstandes gegen die Methode, Völker zu verschieben wie 'Steine am Schachbrett'. Die deutschböhmische Landesregierung hat nicht die Gewalt gehabt, sich gegen den Siegerübermut der Westmächte durchzusetzen. Sie konnte und wollte natürlich nicht den Waffen fast aller Großmächte der Welt trotzen, aber ein Appell an die Welt sollte sie sein, ein Appell an die Vernunft und an den Gerechtigkeitssinn einer Welt, die beides bis dahin geheuchelt hat. Die deutschböhmische Landesregierung wurde von allen Parteien des deutschen Volkes geschaffen zu einer Zeit, da noch keine Friedensverträge vorlagen und das Schicksal des deutschen Volkes noch völlig unbestimmt war. Sie hatte eine geschichtliche Aufgabe und diese hat sie erfüllt. Es war

dieselbe Aufgabe, für die unsere Brüder am 4. März 1919 gefallen sind, an deren Gräbern auch Führer der heutigen deutschen Regierungsparteien Treuschwüre geleistet haben. Materiell recht behalten haben ja damals wie bisher immer jene, die über die brutale Gewalt verfügten. Daran, daß der Widerstand gegen den Gewaltfrieden notwendig war, daß wir als Sozialisten ihn leisten mußten, ändert diese Tatsache nicht. Der Redner der deutschen Regierungspartei gehört einer Partei an, die damals selbst Rebellen stellte, wenn auch nur mit dem Munde, heute aber diesen Makel durch Bekundung echtsten Sklavensinnes abwatschen möchte. Nicht abwatschen kann sie die Tatsache, daß jene Politik, die zwangsläufige Fortsetzung der Politik der deutschböhmischen Landesregierung war, auch von den Landbündlern bis zu dem Augenblick gutgeheißen wurde, als sie Schwehla in die Laube lud. Hätten alle deutschen Parteien zur Zeit des Umsturzes nur auf ihre Tasche geschaut, statt auf das Gesamtinteresse des deutschen Volkes, so wäre es natürlich gleich zur bedingungslosen Unterwerfung gekommen.

Abg. Dr. Ernst Schollich (Deutsche Nationalpartei) erklärte:

„Wenn Windirsch behauptet, die deutschen Politiker der damaligen Zeit hätten sich im Klaren sein müssen, daß die Grundsätze Wilsons über das Selbstbestimmungsrecht nur für die Sieger geprägt worden seien, so habe er vergessen, daß wir alle damals die Worte Wilsons gläubigen Herzens aufgenommen haben, daß das deutsche Volk unter dem Zwang dieses Glaubens seine Waffen niedergelegt habe. Wenn Windirsch heute kommt und unsere ganze nationalvölkische Freiheitsbewegung als Episode politischer Lächerlichkeit bezeichnet, dann muß man schon sagen, daß nur wenige Menschen den traurigen Mut aufbringen werden, ihr eigenes Nest in einer solchen perfiden Weise zu beschmutzen. Bei den Tschechen sind solche Charaktere unmöglich. Wenn bei den Tschechen ein Mann aufgestanden wäre und die Auslandsrevolution Masaryks lächerlich gemacht hätte, so wäre er davongefegt, ja geradezu vom Unwillen der Massen zerrissen worden. Die Deutschen aber sind nur gerecht gegenüber dem Gegner; gegenüber den eigenen Volksgenossen sind sie bis zur Bewußtlosigkeit ungerecht. Redner gibt zu, daß der Umsturz die Deutschen in dem heutigen Gebiet der Tschechoslowakei unvorbereitet getroffen habe, und wirft die Frage auf, ob die Deutschen damals überhaupt in der Lage gewesen wären, sich mit Waffen in der Hand zu verteidigen. Die Heere waren dezimiert, die Heimat erschöpft, zermürbt und ausgehungert. Dann darf man niemals vergessen, daß die Tschechen unser Gebiet als Verbündete der Entente besetzten. Herr Windirsch fragt, warum die Herren der Landes-

regierung damals das Land verlassen haben. Eben darum, weil das Beispiel Masaryks und Beneš' und ihrer Auslandspropaganda gezeigt hat, daß es wichtiger war im Ausland zu wirken. Die Landesregierung hat auch ihre Zeit ausgenützt, sie hat die Aufklärung bis zum Friedenskongress getragen. Freilich genützt hat es nichts, weil die Lüge stärker war als unser Recht. Wir wissen, daß diese Friedenskongresse unter dem Zwang falscher Vorstellung handelten, daß sie belogen wurden; man braucht sich nur an das Memoire III. des Herrn Beneš zu erinnern. Warum macht Windirsch dem Außenminister, der damals die Wirklichkeit verschleierte, keine Vorwürfe? Warum sitzt heute Windirsch mit Beneš auf derselben Regierungsbank? Er hat eben das alles vergessen, auf welche Weise, mit welchen Mitteln wir in diesen Staat gepresst wurden. Hätten wir uns vielleicht freiwillig ergeben, zum Feinde überlaufen sollen, hätten wir die Taten der Legionäre vergessen sollen, die das Leben Tausender von Volksgenossen töteten? Die Tschechen tobten sich damals aus und wir Deutsche waren machtlos, eingeschüchtert. Aber damals waren alle Parteien einig in der Abwehr gegen diesen unerhörten Rechtsbruch, und auch die Agrarier haben beim Eintritt in das Parlament die staatsrechtliche Erklärung unterfertigt. Wenn wir manche kräftige Worte gesprochen haben, so waren sie nichts anderes als Zeichen sittlicher Entrüstung. Wir bekennen uns heute ruhig zu diesen Worten, wir rücken von ihnen nicht ab.“

Abg. Hans Krebs (Nationalsozialist)

„In unserer Heimat gingen 1918 Dinge von unerhörter Bedeutung vor sich! Die tausendjährige Geschichte Österreichs ging zu Ende, die Monarchie zerfiel und die Nationalstaaten bildeten sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch unsere sudetendeutsche Heimat machte von diesem Rechte Gebrauch. Einmütig wie noch nie in ihrer Geschichte forderte sie gemeinsam mit Deutschösterreich den Anschluß an das Deutsche Reich. Bereits am 21. Oktober hatte sich in Wien die Deutschösterreichische Nationalversammlung gebildet und am 29. Oktober 1918 beschloß die deutschböhmische Nationalversammlung, genauso wie die Landesversammlung der Provinz Sudetenland, in ihrer denkwürdigen Sitzung im niederösterreichischen Landhause zu Wien den Anschluß an Deutschösterreich. Damit war das Recht der freien Selbstbestimmung der sudetendeutschen Siedlungsgebiete ausgeübt. Dies wurde ausdrücklich in einer Note Deutschösterreichs am 30. Oktober 1918 an den Präsidenten Wilson hervorgehoben. In brüderlicher Herzlichkeit hatte der österreichische Staatskanzler Dr. Karl Renner die Vertreter der sudetendeutschen Provinz in der Nationalversammlung begrüßt und erklärt:

'Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesehen zu stellen und vielleicht auch von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.' (Lebhafter Beifall)

Und fürwahr, die Größe dieser Stunde wird niemand vergessen, der sie erleben durfte. Als am 4. März 1919 die gewaltigen Kundgebungen von Hunderttausenden in allen sudetendeutschen Städten neuerdings den klaren Willen des Volkes nach dem Anschluß an Deutschösterreich aller Welt dartaten und an diesem Tage ein halbes Hundert wehrloser sudetendeutscher Männer, Frauen und Kinder sich in ihrem Blute wälzte, da ahnte dieses Volk zu spät, wie es um sein Recht betrogen worden war... Wir sagen es unserem Volke, daß die Zeit der sudetendeutschen Landesregierungen eine Zeit der bedeutungsvollsten sudetendeutschen Geschichte war. Der Präsident Masaryk selbst, der wahrlich von diesen Dingen mehr weiß, als mancher andere, sagt in seinem Buche 'Die Weltrevolution' auf Seite 325 wörtlich: 'Dagegen beunruhigten mich die Meldungen über eine separatistische Bewegung der Deutschen und die Versuche ein Deutschböhmen zu organisieren; als jedoch berichtet wurde, daß auch ein Sudetenland, später ein Deutschmähren und sogar ein Böhmerwaldgau entstanden, schwanden meine Befürchtungen: solche Zersplitterungen waren allein schon ein starkes Argument gegen die Separation. Doch war die Frage unserer Deutschen stets ernst. Die Amerikaner und Engländer bestanden auf einer abstrakten Formulierung des Selbstbestimmungsrechtes.'

So standen die Dinge in Wahrheit und das sudetendeutsche Volk stand gar nicht so fern von der Erfüllung seines Selbstbestimmungsrechtes, als man ihm heute gerne einreden will. Laut und deutlich erklären wir aber: Wir verwerfen jede Absicht und bekämpfen jeden Versuch, die Taten der führenden Männer und die Gesinnung unseres ganzen sudetendeutschen Volkes aus der Zeit des revolutionären Kampfes und des Selbstbestimmungsrechtes herabzusetzen und zu besudeln.“

Die sudetendeutschen Regierungsparteien fanden gegen die Erklärungen keine Worte mehr. Offenbar schämten sie sich der Ungezogenheiten des Herrn Windirsch. Die Wechselrede aber brachte der sudetendeutschen Bevölkerung die ersten Zeiten von 1918 ins Gedächtnis.

Quelle: Zeitschrift des Hilfsvereines für Deutschböhmen und die Sudetenländer, 9. Jahrgang, Folge 1, Wien, Januar 1928

Bazillus des Bösen

In der Tschechoslowakei führte das Beneš-Regime bis 1947 die „Gestapo-Moral“ fast nahtlos fort – gegen die Deutschen.

Im Juli 1947 endeten in der Tschechoslowakei die Vertreibungen Deutscher. Im Mai 1939 hatten sie 3.331.415 gezählt, darunter viele Juden, die sich bei Volkszählungen als Deutsche deklarierten und ab Mai 1945 zusammen mit drei Millionen Deutschen vom Beneš-Regime vertrieben wurden: 1945 660.000 in der „wilden Vertreibung“, 1946 2.256.000 in der „organisierten“, wobei insgesamt über 60.000 (Anm.: **Offizielle SL-Zahl: 241.000!**) ihr Leben ließen. 1646 Züge, jeder mit 40 Waggons für 1200 Personen, schafften die Menschen hinaus, 1,5 Millionen in die US-, 800 000 in die sowjetische Zone. Ein „Völkermord“ wurde verübt, befanden UNO-Gutachter wie **Felix Ermacora** und andere.

Im Lande blieben 204.000 Deutsche, die man im Landesinneren „verstreute“ (rozptyl). Seit Jahrzehnten leben in Tschechien nur noch knapp 20.000, die keinen Status als „Minderheit“ haben und laut jüngsten Umfragen unter tschechischer Selbstgerechtigkeit leiden: Die Vertreibung der Deutschen war unvermeidlich (70 Prozent) und gerecht (61 Prozent), eine Entschuldigung bei ihnen ist unnötig (66 Prozent) etc. Das einst zumeist deutsch besiedelte Grenzgebiet kennzeichnen bis heute Vertreibungsfolgen, wie im Mai 2017 eine Untersuchung bilanzierte: Arbeitslosigkeit, Armut, Pfändungen, Abtreibungen etc. liegen deutlich über dem Landesdurchschnitt.

So endete, was das mit Kommunisten und Sowjets verbündete Regime von Präsident Beneš schon im Londoner Exil geplant hatte und nun exekutierte. Deutsche, mit Hakenkreuz, Armbinde oder dem Zeichen N (für „Nemec“ – Deutscher) gebrandmarkt, galten laut Beneš-Dekreten als „unzuverlässige Bevölkerung“, die eine „Kollektivschuld“ an tschechischem Leid trugen. Darum schickte man sie auf „Todesmärsche“, gab ihnen kaum Nahrungsmittel, nahm ihnen ihre gesamte Habe weg. Deutsche Schulen und Kirchen waren geschlossen, deutsche Zeitungen verboten. Deutsche mussten Zwangsarbeit leisten, oft in einem der 1.215 Internierungs- oder 846 Zwangsarbeitslager oder 215 Spezialgefängnissen. Das betraf bis zu 350.000 Menschen, von denen die letzten erst 1955 freikamen. **Edvard Beneš** war ein charakterloser Feigling, der die Killergangs der „Revolutionären Garden“ auf die Deutschen hetzte, aber in wütende Proteste ausbrach, wenn ihm im In- und Ausland „Hyänenrum“ und „Gestapo-Moral“ vorgeworfen wurden. Tschechisches Sprachrohr dieser Kritik waren die Wochenzeitungen „Dnesek“ (Heute) und „Obzory“ (Horizonte). „Obzory“ mahnte, dass die Westallier-

ten nicht zuletzt wegen Hitler-KZs in den Krieg gegangen waren, nicht aber dafür, dass Beneš neue KZs einrichtete. Und: „Das chauvinistische Denken der Tschechen unterscheidet nicht zwischen Schuld und Unschuld, Strafe und Rache. Grausamkeit, Unmenschlichkeit und Perversität wecken den Unwillen der gebildeten Welt und rühren an ihr Gewissen.“

„Deutsche haben das verdient“, war Beneš' zynische Reaktion auf solche Kritik, während Publizisten wie der tschechische Jude **Pavel Tigríd** (1917–2003) Beneš vorwarfen, er ver gehe sich mit „Kollektivschuld“ und „Vertreibung“ am Humanismus des Staatsgründers **Masaryk**. Beneš starb am 3. September 1948. Sein Gegner Tigríd war 1945 aus englischem Exil zurückgekehrt und flüchtete im Februar 1948 erneut, nur Tage nach dem kommunistischen „Putsch von Prag“. Im Westen gab er von 1956 bis 1990 die Zeitschrift „Svedectví“ (Zeugenaussage) heraus – als höchst wirksames „Denkparlament“ der tschechoslowakischen Opposition. Nur 1968 durfte man während des Prager Frühlings die Wahrheit sagen, die Vertreibung charakterisieren als „abstoßenden Versuch, fünf Minuten (...) nach Zwölf noch schnell eine patriotische Geste zu setzen, eine Legende vom allgemeinen, heroischen Widerstand zu schaffen“.

Aber nach 1968 kam die neostalinistische „Normalisierung“, in welcher allein Tigríds Blatt Klartext redete, mit europäischem Echo. Hier publizierte 1978 der slowakische Dissident **Ján Mlynárik**, als „Danubius“ getarnt, „Thesen über die Vertreibung“, klagte Beneš an, er teile und fördere „die Motivation der breiten Bevölkerung, die ihre eigene Untätigkeit, wenn nicht Kollaboration (...) wiedergutmachen wollte durch eine ‚Heldentat‘ gegen-



Edvard Beneš, der charakterlose Feigling.



Sie wussten, worum es geht, und es ging ihnen um etwas: Václav Havel und Pavel Tigríd (Bild: Wikimedia)

über den Wehrlosen, was für die Nation (...) ein opportunistisches Ventil des schlechten Gewissen bedeutete“. Das hätte auch Tigríd so sagen können, der 1989 Berater **Václav Havels** wurde, später dessen Kultusminister. Am 15. März 1990, als man sich in Prag des 51. Jahrestags der Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ erinnerte, fand Havel deutliche Worte à la Tigríd: „Sechs Jahre nazistischen Wütens haben ausgereicht, dass wir uns vom Bazillus des Bösen anstecken ließen, dass wir uns das Prinzip der Kollektivschuld zu eigen machten. Oder haben wir nicht genug schlechte Tschechen und Slowaken kennengelernt?“

Das haben die Tschechen Havel nie verziehen, auch das tschechisch-deutsche Verhältnis erkaltete bald wieder. Aber immer wieder lassen sich Stimmen vernehmen, die ob ihrer Rückhaltlosigkeit erstaunen, etwa die der Historikerin **Magdalena Sedlická** vom Prager Jüdischen Museum, die 2016 mit ihrem Aufsatz über „Deutsch-Juden“ eine Lücke in der Vertreibungshistorie schloss. Es ging um die überlebenden Juden, die nach 1945 als „Deutsch-Juden“ ins Mahlwerk der Vertreibungen geraten waren. Das hatte Beneš schon in London von Extremisten des heimischen Widerstandes übernommen: „Wir wollen kein Verbleiben von Deutschen, Juden eingeschlossen.“ Jetzt galt rigoroser Rassismus: „Unser neuer Staat wird ein Nationalstaat sein, wo es nach der Vertreibung von Deutschen und Ungarn keine Minderheiten im alten Sinne mehr geben wird, nur noch Tschechen und Slowaken.“

Das betraf auch das „jüdische Unkraut“, darunter politische und religiöse Führer der Juden wie **Arnost Frischer**, im Krieg Mitglied von Beneš' Londoner Exilparlament, oder **Kurt Wehle**, ehemaliger Auschwitzhäftling, später Präsident der Jüdischen Kultusgemeinde. Loyalität nützte ihnen und anderen gar nichts, weswegen sie schon 1948 in den Westen flohen. Wehle klagte, dass Juden, die gestern noch den Davidstern im deutschen KZ getragen hatten, heute von tschechischen Behörden ein Hakenkreuz auf den Rücken gemalt be-

kamen und als „Deutsche“ vertrieben wurden. Chronistin Sedlická beschrieb die grausame Absurdität: „Deutscher“ war jeder, der besser Deutsch als Tschechisch sprach, der eine Mischehe führte, der an der Deutschen Universität in Prag studiert hatte usw. Tragische Schicksale wie das der Ärztin **Marketa Ungerova** waren Alltag. Im Krieg hatte sie in England tschechische Verwundete betreut, nach dem Krieg im ehemaligen Ghetto Theresienstadt die Typhusepidemie bekämpft, was ihr nichts half: Wegen ihrer „ungenügenden Tschechischkenntnisse“ war sie als „Deutsche“ zur Vertreibung bestimmt, so dass sie Selbstmord beging.

Fazit: Buchstäblich niemand hat von der Vertreibung der Deutschen den geringsten Vorteil gehabt. Aber hätte es eine Alternative zur tschechisch-deutschen Tragödie gegeben? Ich habe eingangs der 1990er Jahre ein langes Interview mit Pavel Tigríd geführt, in dem er seinen Lieblingstraum verriet: Eine Million Deutsche wären nicht vertrieben worden, sie wären in der Tschechoslowakei geblieben, wo sie einen Ausgleich zwischen Tschechen und Slowaken dargestellt hätten, so wirksam, dass ihre Präsenz die Integrität des gemeinsamen Staates Tschechoslowakei gerettet hätte.

Wolf Oschlies (KK)

Zitiert:

„Mir scheint, dass die meisten Veranstaltungen mehr auf 100 Jahre Republik ausgerichtet sind als auf die Konsequenzen des Ersten Weltkriegs. Wenn man die Geschichte nüchtern betrachtet, muss man feststellen, dass wir den Zweiten Weltkrieg viel besser verarbeitet haben als die Konsequenzen des Ersten. Gerade heute wäre es jedoch notwendig, sich damit auseinander zu setzen, weil wir dessen Konsequenzen heute stark spüren.“

Kaiserenkel Karl Habsburg in der Zeitung „Die Tagespost“ (Würzburg) über das große Gedenkjahr in Österreich

Geschichtsdebatte in Ostrau / Ostrava um Hanke-Lager

Vergangenen Spätherbst fand im bereits weihnachtlich geschmückten „Dům kníhy“ am Smetana-Platz in Mährisch-Ostrau ein Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema Internierungslager Hanke statt. (In diesem Lager wurden unmittelbar nach Ende des 2. Weltkriegs deutsche Zivilisten aus Mährisch Ostrau und Umgebung interniert. Mehr als 200 von ihnen wurden dort ermordet oder zu Tode gefoltert. Viele internierte Frauen wurden vergewaltigt. Die namentlich bekannten Verantwortlichen für diese Verbrechen kamen nie vor Gericht.) Anwesend waren Tomáš Macura, Oberbürgermeister von Ostrau, die Historikerin Prof. PhDr. Nina Pavelčíková (Philosophische Fakultät) und PhDr. Martin Jemelka (Lehrstuhl für Sozialwissenschaften der VŠB TU Ostrau). Die beiden Historiker haben die ca. 150 interessierten Teilnehmer in den geschichtlichen Kontext eingeführt und die Verhältnisse und Vorkommnisse im Hanke-Lager geschildert. Leider blieb es dabei oft bei recht schwammigen Formulierungen

und auf die exzessive Brutalität der Täter wurde kaum eingegangen. Alle drei Redner haben in ihren Beiträgen jedoch klar und deutlich die Notwendigkeit einer ehrlichen Auseinandersetzung der tschechischen Gesellschaft auch mit den dunklen Kapiteln der eigenen Geschichte betont. Es sei auch sehr wichtig, so der OB Macura, die von den Deutschen mitgestaltete Vergangenheit Ostraus in das heutige Selbstbild und in die neu zu findende Identität der Stadt einzubeziehen. Macura informierte über die Entscheidung der Stadt, eine **Gedenktafel** an der Stelle, wo das Hanke-Lager stand, aufzustellen, und im Park gegenüber dem Bezirksamt (Krajský úřad), wo die meisten Opfer begraben sind, ein **Denkmal** zu errichten. Die anschließende Debatte wurde vor allem von älteren Zuschauern getragen, die teilweise wenig Verständnis für die Ausführungen der Vortragenden und für die geplante versöhnliche Geste der Stadt gegenüber ihren ehemaligen deutschen Mitbürgern zeigten...

Mgr. Radovan Lakosil

Städtewappen

Karlsbad / Karlovy Vary

Land: Böhmen

Landkreis: Karlsbad

Einwohner 1910: 17.446 (davon 16.783 Deutsche)

Einwohner 1930: 23.901 (davon 22.061 Deutsche)

Einwohner 1939: (Stkr.) 53.311

Einwohner 1947: 17.187

Am 19.3.1325 gab König Johann den Boden, auf dem die weltberühmte Kurstadt Karlsbad entstand, Coyata von Otnawitz als Lehen. Um 1358 soll Karl IV. den Ort zur Stadt erhoben haben, der er am 14.8.1370 das Elbogener Stadtrecht erteilte, was Wenzel IV. am 6.7.1401 bestätigte und um das Asylrecht erweiterte. Mit dem Elbogener Kreis wurde Karlsbad 1434 den Schlicks verpfändet, die es bis 1547 hielten. Unter ihnen wurde 1520 das Rathaus gebaut, und 1521 brachte Wenzel Payer die erste Beschreibung der Karlsbader Heilquellen heraus. 1581 bekam Karlsbad von Rudolf II. das Recht für Jahrmärkte, und 1787 erhielt die seit 1707 königliche Stadt Wochenmärkte. 1569 wurden die Kirchenbücher begründet. Bis zum 16. Jahrhundert sprach man von »Warmen pad« (1395) oder von »V(W)ari« (1396), »Carlsbad« scheint erst 1512 üblich geworden zu sein, daher ist der Name »Carls Pad« in der Umschrift des ältesten Siegels von 1534, dessen Typar spätestens um 1500 entstand, von besonderem Interesse: S. Ciwitat in Carls Pad. Im Siegelfeld das Karlsbader Wappen: in Rot wächst aus drei silbernen Wellenbalken der



silberne böhmische Löwe, hier noch ungekrönt (J. Koudelka benützt den Ausdruck »stehender Löwe«, was aber offensichtlich nicht der Fall ist). Das gleiche Siegelbild trägt auch das mit 1579 datierte Siegel mit der Umschrift: SIEGIL KAISERS KARLS PATT. Erst das »SIGIEL DER STADT KAISER CAROLS BATT« von 1595 zeigt einen gekrönten, aber einschwänzigen Löwen. Das nächste, künstlerisch ausgereifte »SIGILLVM-

• • • CIVITATIS • 1601 • THERMARVM CAROLINARVM«, das dem Bildhauer Uher 1926 als Vorlage zum neuen Entwurf des Stadtwappens diente, bestimmte die Wappenwiedergabe auf den nächsten Siegeln. 1581 bzw. 1594 bekam Karlsbad von Rudolf II. das Rotwachsiegelrecht. Bis 1918 hißte Karlsbad eine weiß-rote Flagge, danach ein rotes Fahnenblatt mit dem Stadtwappen in einer weißen runden Scheibe. Seit 1948 führt der Ort eine weiß-rote Fahne mit dem goldingehrahmten Stadtwappen.

16. Ball der Heimat - Rauschende



Bereits zum 16. Male fand im Wiener Arcotel Wimberger am Samstag, den 17. Feber 2018, der schon traditionelle „Ball der Heimat“ statt, der einmal mehr das vitale kulturelle Leben der Heimatvertriebenen in Österreich unter Beweis gestellt hat. Diesem größten Fest der Heimatvertriebenen in Wien waren auf Einladung des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) mehr als 200 Besucher gefolgt, die bei Musik und Tanz im Kreise guter Bekannter gesellige und beschwingte Stunden verbrachten. Besonderer Dank und Anerkennung für eine perfekte Ballorganisation gebührte wiederum den Funktionärinnen und Funktionären des Vereins der Siebenbürger Sachsen in Wien, der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) und dem Wiener Schwabenverein. Mit dem Einzug der Trachtengruppen von Bundesländervereinen in Wien sowie der VLÖ-Trachtengruppen mit ihren Fahnen begann der Ball und wurde mit dem Tanz der Trachtenpaare eröffnet.

„Der 16. Ball der Heimat war wiederum ein großes gesellschaftliches Ereignis, das die Lebendigkeit der Kultur der Heimatvertriebenen in Österreich zur Schau stellte und ihre innere Geschlossenheit dokumentiert“, so VLÖ-Generalsekretär Ing. Norbert Kapeller, der zahlreiche Ehrengäste aus dem politischen und öffentlichen Leben begrüßen konnte: Darunter die 3. Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller (mit Gatten), LAbg aD Dr. Rüdiger Stix sowie vom VLÖ LAbg. aD Gerhard

Zeihsel (1. VLÖ-Vizepräsident), Mag. Ludwig Niestelberger (2. VLÖ-Vizepräsident) und Ing. Dieter Lütze (3. VLÖ-Vizepräsident). Unter der Leitung von Klaus Seidler zeigte der Wiener Volkstanzkreis der Sudetendeutschen und der Siebenbürger Sachsen in der Pause heimatliche Volkstänze. Großen Anklang und Spaß fand der anschließende gemeinsame Publikumsstanz mit dem „Siebenschritt“.

Der VLÖ, allen voran SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel, nutzte angesichts der zahlreichen Ballbesucher dabei die Gelegenheit, für das europaweite Bürgerbegehren „Minority SafePack“ kräftig die Werbetrommel zu rühren. Diese wurde von wesentlichen Minderheitenvertretungen in Europa (angeführt von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)) auf den Weg gebracht, um die EU-Verantwortlichen endlich dazu zu bewegen, sich um die von einigen Nationalstaaten bislang verdrängte Minderheitenproblematik zu kümmern.

„Die Lebendigkeit, die Kultur, die Herkunft, die Liebe zur alten Heimat und die tiefe Verbundenheit der Heimatvertriebenen mit Österreich werden alljährlich beim Ball der Heimat unter Beweis gestellt“, so SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel und VLÖ-Generalsekretär Kapeller, die sich insbesondere auch darüber freuten, dass viele junge Menschen zum Ball gekommen waren und damit zeigten, dass der Ball der Heimat ein großes Familienfest ist, das die Generationen miteinander vereint. (Fotos: Gertrude Dwornikowitsch)



Sudetendeutscher Volkstanzkreis

Wenn auch Sie/Du am Volkstanz interessiert sind/bist, freuen wir uns, Sie/Dich an einem unserer nächsten Übungsabende begrüßen zu dürfen!

Übungsabende finden jeden zweiten Montag im Monat (ausgenommen Juli und August) um 19 Uhr in den Vereinsräumen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich im „Haus der Heimat“ statt.

Ort: 1030 Wien, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG, Telefon: 01/7185919

Die Geselligkeit kommt dabei auch nicht zu kurz und zum Selbstkostenpreis werden kleine Imbisse und Getränke angeboten.

Die nächsten Termine: 12.3., 9.4., 14.5. und 11.6.2018.

Ballnacht der Heimatvertriebenen im Arcotel Wimberger in Wien



Mohren Hysterie

In Hessen, besonders im Raum Frankfurt und Friedberg, kam es zu Sinnenstrübungen und Verwirrtheiten im Zusammenhang mit Mohren und Mohrenapotheken. Die Epidemie blieb bisher auf diesen Raum beschränkt, so dass vom Bundesgesundheitsministerium und der WHO noch keine Maßnahmen ergriffen werden mussten. Wenn man bedenkt, dass es laut dem Telefonbuch mehr als 100 Mohren Apotheken in Deutschland gibt, und selbst auch im Nachbarland Österreich. Dazu noch etliche Gasthäuser mit dem Namen „Zum Mohren“. Auch kommt der Familienname Mohr über 1000 Mal in Deutschland vor.

Wenn man bedenkt, dass selbst auf dem afrikanischen Kontinent es Staaten gibt, deren Namen (wenn man der Logik der Namensänderungsaktivisten folgt) geändert werden müssten – Mauritien, Niger und Nigeria und auch der Fluss Niger. Unsere Behörden und Parlamente täten gut daran sich hier zurück zuhalten, die letzte behördliche Zwangsmaßnahme zur Namensänderung betraf die Vornamen David und Sarah. Warum beschäftigen sich die Verfechter gegen Antirassismus nicht mit den rassistischen Beneš-Dekreten die in der damaligen Tschechoslowakei, mit welchen die deutsche und ungarische Minderheit diskriminiert und rassistisch verfolgt wurden und die noch heute in Prag ihre Gültigkeit haben. So wäre aktiv gegen rassistische Diskriminierung der Iguen, Rohingya, Berber, der weißen Bevölkerung in Simbabwe oder der Ureinwohner in Mittel- und Südamerika vorzugehen. Die GfbV

Tribüne der Meinungen

Gesellschaft für bedrohte Völker kann sicher noch andere nationale Minderheiten nennen, die rassistisch verfolgt werden.

Norbert Wied, Landtagskandidat für den WK 39 Frankfurt Nord-Ost

Zum Gedenken – Dresden 13. bis 15. Feber 1945

Über die Abend-Nachrichten der ARD am 6. und 7. August 2017 wurde das japanische Gedenken zum Atombombenabwurf auf Hiroshima vom 6. August 1945 in Ausschnitten wiedergegeben. Das vermittelte eindrucksvoll, wie nachhaltig das Gedenken und die Trauer um die Toten dieser Massenvernichtung, die sich drei Tage danach in Nagasaki wiederholte, heute noch in Japan verankert sind. Das Gegenteil wird in Dresden demonstriert, wo seit 2016 auf dem Dresdner Heidefriedhof der Massopfer ohne offizieller Beteiligung gedacht wird. In einem Beitrag von Oberbürgermeister Hilbert (FDP) in der Sächsischen Zeitung vom 4. Feber 2017 beteuerte dieser: „Dresden war keine unschuldige Stadt!“ Seine Aussage ist eher geeignet, die sinnlose Zerstörung einer Kultur- und Lazarettstadt kurz vor Kriegsende im Sinne der Sieger zu rechtfertigen. Ohne weitere Erklärung verhöhnt er damit alle Opfer auf unerhörte Art und Weise. Insgesamt fällt Hilbert auf ein Niveau zurück, das auch in England nicht mehr mehrheitsfähig wäre, weil dort die Vernichtung Dresdens längst als das „deutsche Hiroshima“ bezeichnet wird.

Parallel zur Aussage des Oberbürgermeisters wird als Begründung für das Bombenziel Dresden die Bezeichnung „Rüstungsindustriestadt und Verkehrsknotenpunkt“ medial verbreitet, nicht zu vergessen, dass von einschlägiger Seite schon Jahre zuvor versucht wurde, Dresden zur „Nazistadt“ und als „nötiges Kriegsziel“ umzudeuten – zeitgemäße Moral - ?!

Im Dresdner Stadtplanungsamt wurde 1947 eine umfangreiche Schadensübersicht erstellt und dokumentiert. Darin ist ersichtlich, dass die ca. 6 km breite, in Ost-West-Richtung verlaufende Zerstörungszone ausschließlich die Innenstadt mit ihren dicht bevölkerten Wohngebieten und Lazaretten umfasste. Industrieanlagen befanden sich außerhalb, vor allem im nördlichen Industriegebiet. Die vier, dicht aufeinander folgenden Vernichtungsangriffe vom 13. bis 15. Feber 1945 waren eine Demonstration militärischer Stärke unter Missachtung aller kriegsvölkerrechtlichen Moralprinzipien. Dresden hatte zur Tatzeit 585.000 Einwohner und war zusätzlich mit etwa 500.000 vor der russischen Front geflohenen Ostdeutschen, vorwiegend aus Schlesien, belegt. Kein Bunker konnte das Leben der Menschen in Dresden schützen. Hilflos waren auch die 143 Krankenhäuser dem vernichtenden Terror ausgesetzt.

Es ist ein Zeichen geschichtspolitischer Verkommenheit, unrichtige Rechtfertigungen zu verbreiten, wenn man angesichts des Abtretens der aus dem

Erleben urteilenden Zeitzeugen meint, auf Widerspruch nicht mehr achten zu müssen. Dresden ist ein besonders beschämendes Beispiel dafür, wie ein Fanal der Mahnung und des würdevollen Gedenkens – ganz im Gegenteil zu Japan – aus dem allgemeinen Empfinden verdrängt wird!

E. E. Korkisch, Freising

Dresden

„In Dresden ist der Anti-Hitler-Krieg zu dem entartet, was man zu bekämpfen vorgab und wohl auch bekämpft hatte: Zu Barbarei und Unmenschlichkeit, für die es keine Rechtfertigung gibt.“

Vor zwanzig Jahren, am 13. und 14. Februar 1945, in der Nacht von Fastnachtstag auf Aschermittwoch, ist der größte Luftangriff der alliierten Bomberkommandos im Zweiten Weltkrieg auf eine deutsche Stadt geflogen worden: Der Angriff auf Dresden. Dreimal innerhalb von 14 Stunden wurde die Stadt bombardiert. Von 22 Uhr 13 bis 22 Uhr 21 dauerte der erste Schlag. Als die englischen Bomber abflogen, hinterließen sie ein Flammenmeer, das über 80 Kilometer weit den Himmel glühend machte. Der zweite Schlag erfolgte von 1 Uhr 30 bis 1 Uhr 50. Die abfliegenden Bomber haben die Feuer von Dresden über 300 Kilometer weit beobachten können. Den dritten Angriff flog ein amerikanisches Bombengeschwader am nächsten Vormittag zwischen 12 Uhr 12 und 12 Uhr 23. Über 200 000 Menschen sind in den Flammen von Dresden umgekommen. **Ulrike Marie Meinhof, (im Gefängnis verstorben) „konkret“, Nr. 3, 1965**

Wir haben gelesen

Verschwundene Orte

Die Zerstörung von Kulturgütern als kriegerische Tradition: Für abschreckende Beispiele braucht man nicht nach Indien zu schauen, wo Extremisten den Hindutempel bzw. die später darauf errichtete Babri-Moschee dem Erdboden gleichmachten, oder ins zentralafghanische Bamiyan, wo Taliban-Terroristen die in Fels gemeißelten Buddha-Statuen beschossen und sprengten, oder in den Irak, wo im Gefolge der US-amerikanischen Eroberung Bagdads wichtigste Kulturgüter vernichtet (Nationalbibliothek) und geplündert (Nationalmuseum) wurden. Bis in die Neunzigerjahre hinein wurden auch im Herzen Europas Siedlungen, teils mitsamt kulturhistorisch wert-



vollsten Denkmälern, buchstäblich und unwiederbringlich von der Landkarte ausgeradiert. Eine bemerkenswerte Leistung, einen Teil deutscher Siedlungsgeschichte dem ansonst wohl sicheren Vergessen zu entreißen, stellt das vorliegende dokumentarische Werk „Verschwundene Orte“ dar.

Herausgeber DDR. Wilfried Heller fasst in seiner Einführung unter dem Titel „Entvölkerung, Entsiedlung und Wüstfallen ländlicher Siedlungen“ die Grundproblematik so zusammen: „Besonders gravierend waren die Wüstungsprozesse im ländlichen Raum Ostmitteleuropas, die nach dem Zweiten Weltkrieg wegen der Vertreibung von mehr als zwölf Millionen Deutschen abliefen, und zwar in den Gebieten, die der Sowjetunion, Polen und der Tschechei durch die Siegermächte zugeteilt wurden.“ Darüber hinaus wurden aus Ungarn 200.000 und aus Jugoslawien mehr als 500.000 Deutsche vertrieben. Aber massive Entsiedlungen fanden noch Jahrzehnte nach dem Krieg statt. Aus dem Sudetenland, in dem die tschechische Statistik 2.400 Orte als „verschwunden“ registriert, wurden drei Millionen Deutsche vertrieben. Als häufigste Ursache wird „Odsun“ („Aus-siedlung“, eigentlich: „Abschub“) angeführt, danach folgten die Einrichtung von Truppenübungsplätzen, Grenzzonensicherung und die Anlage von Stauseen. Erst seit wenigen Jahren geht auch die tschechische historisch-geografische Literatur auf die „Entvölkerung“ und den dadurch ausgelösten Wandel der Kulturlandschaft ein. Manche Gebäude blieben nur bewahrt, um heute als Zweitwohn- und Wochenendsitze zu dienen. Die Wiederbesiedler in den Vertreibungsgebieten hatten in der Regel weder persönlichen noch familiären Bezug zu ihrem neuen Zuhause. Mit

der Vertreibung der Deutschen wurde gleichsam auch die Erinnerung an diesen Raum eliminiert. Viele, besonders kirchliche, Monumente, die die kommunistische Periode relativ gut überstanden hatten, wurden erst nach 1989 durch „Räuber und Diebe“ zerstört.

David Kovařík befasst sich in seinem Buchkapitel mit den staatlich organisierten und auch illegalen Abrissaktionen zwischen 1945 und 1960 im Grenzgebiet der böhmischen Länder. Während 1930 diese Grenzregionen noch 3,7 Millionen Einwohner hatten, lebten 1950 hier nur noch 2,5 Millionen Menschen. Die Liquidation der Grenzsiedlungen begann

nach Kriegsende. Das Niederreißen von Häusern wurde von Nationalausschüssen angeordnet oder vom Nationalen Bodenfonds durchgeführt, der die konfiszierten deutschen Vermögen verwaltete. Menschen aus der ganzen Tschechoslowakei trugen verlassene Häuser ab, um günstig an Baumaterial zu kommen. Eine weitere Demolierungswelle erfolgte 1948 nach der kommunistischen Machtübernahme. An der Grenze wurden ein doppelter Stacheldrahtzaun und Wachtürme errichtet. Tausende Bewohner, die als „staatlich unzuverlässig“ galten, wurden aus der Grenzzone ausgesiedelt. 1951 wurde per Ministeriums-Geheimbefehl eine kilometerbreite Sperrzone eingerichtet, die niemand betreten und in der niemand wohnen durfte. Bestehende Objekte – betroffen waren 130 Gemeinden bzw. Ortschaften mit 3.000 Häusern – wurden abgerissen. In einer weiteren Welle zwischen 1955 und 1958 wurden Dörfer in der erweiterten Grenzzone demoliert. Ausgesiedelte, die inzwischen deutsche oder österreichische Staatsbürger geworden waren, besuchten später mit Touristenvisa ihr ehemaliges Zuhause. Berichte und Fotos der vernichteten Häuser, der verwahrlosten Ortschaften und der devastierten Landschaft machten sich in den Medien nicht gut, weswegen die tschechoslowakische Regierung von 1959 bis 1960 eine zentrale Abrissaktion durchführte. Dabei wurden weitere 40.000 Objekte dem Erdboden gleichgemacht. Gemäß einer Direktive des Innenministeriums durften auch Kirchen und historische Denkmäler nicht erhalten bleiben. Eines dieser Objekte ist die Kirche von Kapellen im Böhmerwald, Gemeinde Schönfelden, Bezirk Hohenfurth, deren Sprengung am 4. Juli 1959 auf einem Foto dokumentiert ist, das zum berüh-

renden Titelbild für das vorliegende Buch ausgewählt wurde. Der Autor zitiert eine Augenzeugin aus einer Nachbarregion: „An der Straße von Münichschlag nach Griesbach wurde nach der Vertreibung der Deutschen die Mühle samt den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden von den Tschechen gesprengt, und mit Planierdraupen wurde alles dem Erdboden gleichgemacht. Die Müllerin konnte vom sicheren österreichischen Boden aus der wilden Zerstörung ihres Besitzes unter Tränen zusehen.“

Sandra Kreisslová konzentriert sich diesbezüglich auf das Böhmisches Erzgebirge und bearbeitet auch den Aspekt der „Wiederentdeckung“ bzw. der Wiedereinweisung Deutscher, die dort 1946 als Arbeitskräfte benötigt wurden. Nur in einem Teil der Erzgebirgsregion im tschechischen Grenzgebiet konnten nach der Vertreibung der Deutschen neue Bewohner angesiedelt werden: Aufgrund der unwirtlichen Umgebung galten z. B. die Bergregionen Joachimsthal und Weipert als nicht attraktiv genug. Zu einem vorübergehenden Aufschub des Verfalls kam es durch die Wiederansiedlung von Deutschen, die der Vertreibung entgangen waren, entweder, weil sie begehrte Spezialisten (z. B. für das Uranbergwerk in Joachimsthal) waren, oder weil sie in gemischten tschechisch-deutschen Partnerschaften lebten. Manche Gemeinden wurden überhaupt nicht wieder besiedelt und verschwanden zur Gänze. In Reizenhain an der sächsischen Grenze, wo 1930 noch 223 Einwohner gelebt hatten, sank die Einwohnerzahl 1950 auf nur noch 26. In diesem Jahr wurde dann die Ortschaft amtlich aufgelassen. Stehen gebliebene Häuser werden heute als Wochenendsitze genutzt. Dutzende

weitere Gemeinden wurden entsiedelt, abgerissen und in ein Truppenübungs-gelände umgewandelt. In den Bezirken Kaaden, Karlsbad und Theusing wurden 67 Gemeinden ausgelöscht und 2.600 Häuser, 36 Mühlen und 12 Kirchen abgerissen. Für den Staudammsbau in Pressnitz mussten noch in den Siebzigerjahren vier Gemeinden weichen. Am 6. Juni 1973 wurden das Schloss und die Hauptplatzhäuser mit 700 Kilogramm Dynamit gesprengt. Die Aktion diente als Kulisse für den Film „Traumstadt“, der dort von westdeutschen Filmunternehmern gedreht wurde. Für den amerikanischen Streifen „Die Brücke von Remagen“ dienten die Gebäuderuinen des auf ähnliche Weise ebenfalls ausgelöschten Ortes Brück als makabre Kulisse. Erst nach 1989 begannen Forscher damit, sich mit dem Thema der verschwundenen Siedlungen in der Tschechei zu befassen. Ein Beispiel war das Projekt „Das verschwundene Sudetenland“ des Bürgervereins Antikomplex. 2005 kam es zur Erstellung einer Internet-Datenbank im Rahmen des einzigartigen zweisprachigen Projekts „Verschwundene Orte und Objekte“.

Bernd Stracke

Verschwundene Orte

Zwangsvvertreibungen, entvölkerte und demolierte Dörfer in ehemals deutschen Siedlungsgebieten Ostmitteleuropas

Wilfried Heller (Herausgeber) 2017

Verlag Inspiration Un Limited London Berlin

<http://www.verlag-inspiration.de>

info@verlag-inspiration.de

96 Seiten, viele Abbildungen (farbig, s/w), Preis: 9,80 Euro

Wir danken für Ihre Spende für die Sudetenpost

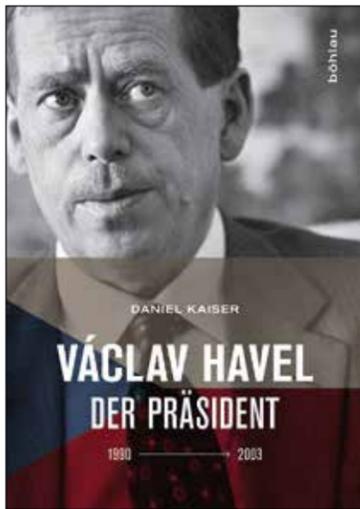
21,--	Dittrich Frank
6,--	Filser Thomas
1,--	Fischer Rudolf D.
11,--	Herzog Helmut
111,--	Ladner Josef
11,--	Landrock Rudolf, Dr.
11,--	Meier Ingrid
1,--	Müller Herbert
61,--	Redlich Emil
2,--	Duschanek Michael, Mag.
117,--	Grillich Egbert
7,--	Herzog Johann, LAbg.
1000,--	Klein Karl
7,--	Kolarik Klaus
7,--	Kreuss Franz, Dir.Rat
17,--	Lauseker Markus
2,--	Örtel Erika
7,--	Sallmann A. W., Dr.
17,--	Sassmann Gertrude
17,--	Ullmann Rainer, Dr.

Wir haben gelesen

Der „Agent des Guten“ in der Prager Politik

Daniel Kaiser hat einen dicken Band über den Dichter-Präsidenten Havel vorgelegt

Kein Zweifel, Václav Havel hat seinem Land gut getan. Der Dichter-Präsident auf der Burg bescherte den Tschechen mit seiner „samtenen Revolution“ einen neuen politischen Frühling, der nicht wieder niedergewalzt wurde. Gleichwohl ist seine Amtszeit auch mit Brüchen und Widersprüchen verbunden, nicht nur auf dem schwierigen Terrain der sudetendeutschen Frage, auf dem Havel gleich mehrere Volten geschlagen hat. Noch als Bürgerrechtler schrieb er im Herbst 1989 jenen berühmten Brief an den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, in dem er die Vertreibung der Sudetendeutschen eine „zutiefst unmoralische Tat“ nannte. Aber eine „Entschuldigung“, die diesen Namen zu Recht verdient, hat es von seiner Seite nicht gegeben; darauf legten er und seine Entourage wert. Als Dramatiker beherrschte Havel das Spiel mit Worten. Und er gewann im Verlauf seiner Amtszeit ein Gefühl dafür, wie weit er in dieser sensiblen Causa gehen konnte und wann es angebracht schien,



den verbalen Rückzug anzutreten. Der Prager Journalist **Daniel Kaiser**, Jahrgang 1971, in seiner Heimat wie in Deutschland gut vernetzt, einst Hospitant der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und zeitweilig für die BBC tätig, gehört zu der kleinen Schar von Autoren, die sich von der Euphorie der „Havlomanie“ fernhalten möchten. Dennoch ist er trotz seiner Sympathien für den anderen Václav, den Havel-Nachfolger Klaus, kein ausgemachter Gegner des „Wende“-Präsidenten. Aber er übergeht in seinem Buch „Václav Havel. Der Präsident“ nicht die Schwächen seines Protagonisten. Kaiser betreibt keine Heldenverehrung. Dass er nicht zu denen gehört, die man gerne als Weggefährten des zum Staatsoberhaupt aufgestiegenen Dramatikers bezeichnet, hat der Autor dieses 379-Seiten-Bandes von Beginn an für einen Vorteil gehalten: „Denn es hat mir einen – wenn auch vielleicht sympathisierenden – kritischen und möglicherweise etwas skeptischeren Zugang

erlaubt... Man muss den Menschen so gut wie möglich kennen, darf ihm aber nicht zu nahe stehen, damit der Zauber seiner Persönlichkeit, den Havel selbstverständlich hatte, keinen Einfluss ausüben kann.“ Das Buch, darin ist mehreren Rezensenten zuzustimmen, ist keine Biographie im herkömmlichen Sinne, sondern eher eine akribische Zeichnung konkreter politischer Aktion, mit dem Akteur Václav Havel als Mittelpunkt. Der Verfasser, merkte zum Beispiel **Michael Frank** in der „Süddeutschen Zeitung“ an, belege konkret, ohne es freilich auszusprechen, dass der Bürgerrechtler Havel keineswegs ein glühender Parlamentarier war, sondern das Parlament „eher als ein Orchester sah, das dem Stab des Dirigenten zu folgen hatte, wenn es denn nur der seine gewesen ist“. Doch letztlich lasse Kaiser dem Präsidenten Gerechtigkeit angedeihen, mit beiläufig eingestreuten monumentalen Sätzen wie „Havel verlor nie die Überzeugung, er sei in der Politik der Agent des Guten.“ Und wie der Journalist die politische Vereinsamung Václav Havels in der letzten Phase seiner Amtszeit auf der Burg nachzeichne, habe durchaus etwas Ergreifendes, „ohne jedes Tremolo“. In einem Kapitel des Buches kommt

die Affäre Zilk zur Sprache. Der ehemalige Wiener Bürgermeister **Helmut Zilk** hatte sich für gute Beziehungen zwischen Österreich und der damaligen Tschechoslowakei eingesetzt. Havel wollte ihn auszeichnen. Als er über Zilks Zusammenarbeit mit Prager Geheimdienststellen in den 1960er Jahren informiert wurde, habe Havel dies zunächst ignoriert. Kaiser: Erst als eine deutsche Zeitung darüber schrieb, musste der Präsident handeln. Er brachte seinen ehemaligen Weggefährten Václav Benda, vorübergehend Chef des Amtes zur Untersuchung kommunistischer Verbrechen (UDV), dazu, Zilk öffentlich zu bezichtigen. Diese Episode zeige, sagte Daniel Kaiser im November 2017 in Wien, dass der Mann, der stets in der Wahrheit leben wollte, mitunter ein „Machtpolitiker“ geworden sei. Er habe sich auch nicht gescheut, frühere Mitstreiter zu „opfern“. Trotz aller persönlichen und politischen Unzulänglichkeiten bleibe der Dichter-Präsident ein „entscheidender Gestalter der Epoche“. (fac) Daniel Kaiser: „Václav Havel. Der Präsident (1990-2003)“. Aus dem Tschechischen von Silke Klein. Böhlau-Verlag, Köln. 379 S., 34 EUR. ISBN 9783205202462, www.boehlau-verlag.com, info@boehlau-verlag.com

Wie Union und SPD die Vertriebenen umgarnten

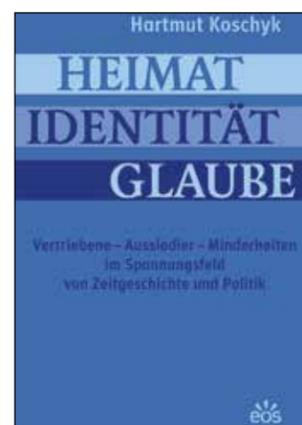
Hartmut Koschyk plädiert für ein in sich ruhendes Heimatbewusstsein

Wer nach einem aktuellen Kompendium über Vertriebene, Aussiedler und Minderheiten im Spannungsfeld von Zeitgeschichte und Politik sucht, wird hier fündig: Hartmut Koschyk, Sohn oberschlesischer Eltern, die Familie seiner Frau stammt aus dem Sudetenland, hat zum Abschluss seiner politischen Karriere einen 454 Seiten dicken Band mit einem ansehnlichen Anmerkungsapparat herausgebracht. Mit diesem Buch versucht der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete, der vier Jahre (1987-1991) als Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV) amtierte, zeitgeschichtliche Zusammenhänge, politische Entwicklungen, aber auch ganz persönliche Überzeugungen und Sichtweisen miteinander zu verbinden: Heimat stellt das entscheidende Fundament für die eigene Identität dar und ist die notwendige Antwort auf die Globalisierung.“ Seiner These, dass die Wahrnehmung berechtigter Interessen von Heimatvertriebenen und Aussiedlern heute innenpolitisch „nicht mehr umstritten und in der politischen Mitte unseres Landes verankert“ seien, wird nicht jeder folgen wollen – die Wirklichkeit sieht anders aus. Mit der Einführung eines Gedenktages für die Opfer

von Flucht und Vertreibung sowie der Gründung der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung allein lässt sich dieser Optimismus nicht belegen. Das schmälert freilich nicht die Bedeutung dieser Arbeit über Heimat, Identität und Glaube. Koschyk schildert, was weitgehend in Vergessenheit geraten ist, wie Konrad Adenauer die Vertriebenen für sich einzunehmen wusste, unter anderem durch die Forderung nach einer Revision der Potsdamer Beschlüsse. Noch 1953 hielt der erste deutsche Bundeskanzler „eine Art Kondominium oder eine Verwaltung der Ostgebiete durch die Vereinten Nationen“ für denkbar. Immer wieder machte er den Vertriebenen Hoffnung auf eine Rückkehr in die Heimat. Nicht anders die SPD, die sich mit markigen deutsch-nationalen Parolen den Ost- und Sudetendeutschen andiente. Korrekt zeichnet der Autor nach, wie sich die Vertriebenen seit den späten 1950er Jahren verstärkt den im Bund in der Opposition stehenden Sozialdemokraten zuwandten. In vielen Gegenden, zum Beispiel im katholischen Münsterland, waren es Vertriebene, die sozialdemokratische Ortsvereine aufbauten. Die SPD in Hessen war ohne Sudetendeutsche nicht denkbar.

Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs, der später zur CDU wechselte, waren zwischen 1964 und 1970 SPD-Politiker an der BdV-Spitze. „In der Rückschau wird allerdings deutlich, dass die SPD und hierbei insbesondere Willy Brandt und Egon Bahr dem BdV beziehungsweise die hinter ihm stehende Wählerklientel zu Gunsten eines Machtwechsels in Bonn lediglich zu instrumentalisieren suchte, wurde doch parallel bereits die Abkehr von der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik vorbereitet.“ Und die Kanzlerschaft Helmut Kohls? Sie brachte „trotz einzelner Zugeständnisse auf dem Felde der symbolischen Politik sowie der Aufstockung der finanziellen Förderung der Vertriebenenverbände durch den Bund keineswegs eine Renaissance der Vertriebenenverbände“. Koschyk scheut sich nicht zu schreiben, dass auch Franz Josef Strauß „gleichsam einen zweigleisigen Kurs“ fuhr: „Zum einen wurden die Vertriebenenverbände innenpolitisch als Bündnispartner wertgeschätzt und entsprechend unter-

stützt, auch durch öffentliche Auftritte auf Vertriebenenentreffen, zum anderen stellte Strauß die Ergebnisse der sozialliberalen Deutschland- und Ostpolitik grundsätzlich nicht infrage und ging im Rahmen seiner ‚bayerischen Nebenaußenpolitik‘ sehr pragmatisch zu Werke.“ Auch das gehört zur historischen Wahrheit, die Hartmut Koschyk nicht unterschlagen will. Der CSU-Politiker war von 2009 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag im Herbst 2017 Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Er wünscht sich, dass diesem Politikbereich künftig „mehr Aufmerksamkeit durch die Aufwertung der politischen Verankerung“ geschenkt werde. Ob dieser Wunsch so in Erfüllung geht, darf nach den Berliner Turbulenzen der vergangenen Wochen bezweifelt werden. (fac) Hartmut Koschyk: „Heimat-Identität-Glaube“, 454 Seiten mit Anmerkungen, EOS Verlag, St. Ottilien, 2018, ISBN 978-3-8306-7881-6



Wien

„Bruna“ Wien

BRUNA - Heimatnachmittag am Samstag den 10.02.2018

Dieses Jahr begannen wir unseren ersten Heimatnachmittag im Feber, da wir leider unseren Heimatnachmittag am 13.01.2018 ausfallen lassen mussten, nachdem der Saal belegt war. An unserem Faschingsnachmittag durften wir Bundesobmann Gerhard Zeihsel, KR Gerd Landsmann mit Lebensgefährtin Renate Prenner und Heidi Jütte, Tochter von Gertrud Schistek - Storek aus der Brünner Stahl - und Gießereidynastie, begrüßen. Der Vorstand der „BRUNA-Wien“ ging nach den Mitteilungen zum lustigen Teil des Nachmittages über und trug aus dem sehr amüsanten Buch „Brinnarisch“ einige Witze und Anekdoten vor. Die Geschichten sind in Brünnerischer Umgangssprache der Brünner Deutschen geschrieben. Die meisten von uns kennen das „Brinnarische“ bzw. das „Oltprinnarische“ und die Mundart der Sprachinselnorte bei Brunn. Viele Landsleute aus Brunn und Umgebung haben einige dieser Worte in ihrem Wortschatz verwendet, wie zum Beispiel: Armittscherl = armer Kerl, Augetz = Augarten, Babo = alte Frau, Klobabo = Toilettenfrau, Bajko = Geschichte, Basl = Marktfrau, Bisgurn = widerwärtiger Mensch, Drdlo = Dutt, Haarknoten, Fußsackln = Socken, Jeschischmarja = Jesus Maria (Ausdruck des Erstaunens), Schalinko = Straßenbahn, Prtschitz = unbedeutendes Kaff, Trouba = Blödmann, um nur ein paar von altbekannten Brünner Ausdrücken wieder einmal in Erinnerung zu bringen. Mit den „Brinnarischen“ Witzen hatten wir auch a Pritscho = Gaudi. Ein Witz als Kostprobe: „Hast schon in dain Horoskop raingschau?“ „Nain.“ „Was bist fir a Sternzeichn?“ „Ich bin a Stier.“ „Unmeglich. Tu bist a Zwilling“ „Wießo?“ Wail aina allain kann nit ßo pleed ßain wie tu!“ Das ist einer der Witze mit scharfem ß. Nach den lustigen G'schicht'n und Witz'l Vorträgen kamen wir zu unserer unterhaltsamen Tombola, mit zahlreich bestückten Treffern. Für das leibliche Wohl wurde natürlich am Faschingssamstag mit Faschingskräften, Kaffee, Brötchen und Wein gesorgt und bei guter Unterhaltung fand unser Nachmittag einen netten Ausklang. Beim 16. „Ball der Heimat“ mit Einzug der Trachtengruppen und einer Einlage des Volkstanzkreises der Sudetendeutschen und der Siebenbürger Sachsen, nahm der Vorstand der „BRUNA - Wien“, die Schriftführerin und Waltraud Böhm bei schönen musikalischen Klängen der „Ötscherbären“ im Arcotel Wimberger, teil. Unsere nächsten Heimatnachmittage sind am Samstag den 17.03.2018. Am Samstag den 21.04.2018 wird uns Klaus Seidler einen seiner interessanten und schönen Filme vom Egerland (Teil 4, Karlsbad und Erzgebirge) vorführen. Wir hoffen, Sie bei unseren kommenden Treffen herzlich begrüßen zu dürfen und bleiben Sie gesund!

Ulrike und Christiane Tumberger

Bund der Nordböhen

Bericht vom Feber-Treffen 2018

Am 10. Feber 2018 stand für den Bund der Nordböhen der Faschingsnachmittag auf dem Programm. Zu Beginn aber hielten wir eine Trauermminute für unsere liebe, treue Heimatfreundin Gerti Holzer - geb. Knauer, gebürtig aus Falkenau-Kittlitz. Sie starb am 27. Jänner im 92. Lebensjahr, und wir hatten ihr auch das letzte Geleit zum Friedhof in Hernstein gegeben. Danach folgte die Erinnerung an die nächsten Termine, und wir konnten auch einige Geburtstagskinder beglückwünschen. Dann aber setzten wir unsere lustigen Hüte auf und begannen mit einem Faschingslied das von einigen Landsleuten vorbereitete Programm. Walter Mattausch hatte uns über den Wein erzählt und von einem Wettstreit zwischen Wasser und Wein. Seine Gattin Inge verlas den heiteren Brief einer Mutter an ihren Sohn, worauf Walter noch ein paar Witze einstreute. Natürlich sangen wir auch Lieder, die

zum Fasching passten. Susanne Peterseil hatte sich wieder ein Mundartgedicht einfallen lassen und konnte es uns auch auswendig vortragen! (Über Zahnschmerzen und die Liebe geht durch den Magen.)

Ich fand eine humorvolle Abhandlung über das Thema „Mund“ von Brunhilde Bruscha - es ist unglaublich, was man darüber alles erzählen kann.

Und schließlich konnte uns unsere Gastbesucherin aus Deutschland, Frau Christl, ein Mundartgedicht von der Waldhauserin vorlesen.

Darauf durfte das Lied von der „Ziege“, dem „Roperradl“ und vom „Hons mit 'n ladernen Sock“ nicht fehlen.

Mit dem „lieben Augustin“ fand der heitere Nachmittag sein Ende, und man verabschiedete sich bis zum nächsten Treffen am 10. März. Dann erinnern wir uns daran, wie sparsam unsere Vorfahren lebten.

Herta Kutschera

Schönhengstgau in Wien

Bedingt durch das schlechte Wetter und viele Erkrankungen konnte unser Obmann, Rainer Schmid, diesmal am 8. Feber 2018 nur eine sehr kleine Gruppe von Landsleuten begrüßen. Entschuldigt haben sich mit herzlichen Grüßen an alle: Elfriede Sarafidis, Ilse Pelikowsky, Ilse Negrin und das Ehepaar Magda und Richard Zehetner. Auch unser Obmann-Stellvertreter, Franz Haberhauer, hatte einen anderen Termin wahrzunehmen. Sehr erfreut waren wir daher, dass unsere Familie Korkisch Gäste mitbrachte. Es war dies das Ehepaar Fröhlich aus Undangs. Frau Fröhlich hieß ledig Müller. Das Ehepaar hat im Jahr 2017 die „Eiserne Hochzeit“ - 65 Jahre verheiratet! - gefeiert. Wenn man dieses lebenslustige und unternehmensfreudige Ehepaar sieht und mit ihnen über die Zeiten in der alten Heimat plaudert, ist man versucht, zu überlegen, wie sie denn der Zeit so ein Schnippchen schlagen konnten.

Ihre Geburtstage feiern in den kommenden Wochen: Frau Helga Schachtner geb. Fuchs aus Hermersdorf, am 21.2. (1941); Lm. Mag. Josef Pachovsky aus Schönbrunn, am 28.2. (1932); Frau Josefine Demkow aus Müglitz, am 3.3. (1927) und Lm. Oskar Czepa aus Mährisch Trübau, am 1.3. (1926). Lm. Czepa war schon in Mährisch Trübau ein begnadeter Modellbauer und brachte es in einer Klasse des Modellbauens bis zum Weltmeister. Wir wünschen den Geburtstagskindern alles Gute und vor allem Gesundheit.

Informationen aus den Medien:

5. Februar 2018: Auszeichnung mit dem Europäischen Karlspreis der SL dieses Jahres für den Wiener Erzbischof Kardinal Dr. Christoph Schönborn: Er stammt aus dem nordböhmischen Skalken bei Leitmeritz und wurde 1945 mit seiner Mutter, der Brünner Baronin Eleonore von Dobelhoff und seinen zwei älteren Brüdern aus der Heimat vertrieben. Die Familie erlebte und meisterte das klassische Schicksal einer „Vertriebenenfamilie“. Sein Vater, Graf Hugo Damian Schönborn, leistete Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Christoph Schönborn wurde Dominikaner, studierte in Wien und Paris und lehrte an der Universität in Freiburg Dogmatik. 1991 erhielt er die Bischofsweihe im Stephansdom zu Wien. Er zählt zu den bedeutendsten Theologen der Gegenwart. Mit klaren Worten verurteilte der Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz vielfach die Vertreibung und setzte sich auch gegen Widerstände unerschrocken für Frieden und Menschenrechte ein. In zahlreichen Aktivitäten, Schriften und Predigten sprach er sich nachdrücklich für die europäische Einigung, für Völkerverständigung sowie für die christliche Erneuerung unserer europäischen Kultur aus. Schon frühzeitig versuchte er, Brücken zur tschechischen Kirche und zum tschechischen Volk zu schlagen.

Für den Terminkalender:

8. März 2018: unser nächster Heimatnachmittag, mit regelmäßiger neuer Beginnzeit um 14 Uhr

16. März 2018, 16 Uhr: Generalversammlung des Vereins „Mährisch-Schlesisches Heimatmuseum“ im Haus der Heimat in der Steingasse 25

16.Mai 2018: Autobusfahrt nach Stetten/Korneuburg, in die Taverne auf Burg Kreuzenstein und nach Kronberg in den Himmelkeller des Graphikers Hermann Bauch

19.5.2018: „69. Sudetendeutscher Tag“ in Augsburg mit Verleihung des Europäischen Karlspreises der SL 2018 an den Wiener Erzbischof.

Edeltraut Frank-Häusler

Niederösterreich

Bezirksgruppe St.Pölten

Die Monatssitzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 16.2.2018 war wieder sehr gut besucht. Hauptbesprechungspunkte waren die Hauptversammlung am 16.3.2018. Pfarrer Kraus bat kurz um ein Gedenken an Frau E. Niederl aus Neulengbach.

Die JHV 2018 findet am 16.3.2018 um 14:30 Uhr im GH GRAFam Bahnhofsplatz statt.

Einer der Höhepunkte wird ein Film von Herrn Klaus Seidler aus Wien sein - Thema: Egerland - Bäderdreieck II. Teil: von Marienbad nach Karlsbad

Franz Wallner



Obmann RR Schaden - ein Prost zum Geburtstag

Oberösterreich

Bezirksgruppe Enns-Neugablonz-Steyr

Folgende Mitglieder haben im April Geburtstag: Anna Danzinger am 13. 4. (95 Jahre), Otto Hermann am 21. 4. (90 Jahre), Erich Langer am 8. 4. und Wolfgang Weyer am 9. 4. Wir wünschen alles, alles Gute, vor allem Gesundheit und noch viel Freude mit der Familie. Gleichzeitig laden wir zu unserem Treffen im Cafe Hofer in Enns, am Donnerstag, dem 12. April 2018 um 15:00 Uhr herzlich ein. Bitte, auch gleich vormerken. Am Donnerstag, dem 10. Mai 2018 ist unser Treffen ebenfalls im Cafe Hofer um 15:00 Uhr. Wir freuen uns über Ihren Besuch.

Ingrid Hennerbichler

Freistadt

Folgende Mitglieder feiern im März Geburtstag: Frau Magareta Prückl am 3.März 98 Jahre, Herr Johann Erlebach am 5. März 83 Jahre, Herr Josef Gabat am 10.März 80 Jahre. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Der nächste Stammtisch findet am 14.März um 19.00h im GH. „Zur Jaunitz“ Jürgen Stampf

Gerhard Trummer

Bezirksgruppe Wels

Alle Landsleute, welche im März Geburtstag feiern: am 4.3. Frau Brunhilde Dörner-Nimmermacher, am 11.3. Frau Susanne Ruschak, am 21.3. Frau Ingeborg Bucher, am 31. 3. Frau Johanna Cavagno. Wir wünschen für diesen Tag alles erdenklich Gute und die besten Wünsche für das neue Lebensjahr.

Eine interessante Filmvorführung fand am 23. Feber statt. Die nächste Filmvorführung ist Freitag, 16. März um 16 Uhr im Herminenhof geplant, ebenfalls mit einem uns betreffenden Thema.

Das Büro im Herminenhof ist jeden 1. und 3. Dienstag im Monat besetzt, von 9 - 11 Uhr. In der Zwischenzeit Auskünfte bei Rainer Ruprecht (0699 1277 2050).

Der nächste Stammtisch findet am letzten Dienstag im Monat zu gewohnter Zeit statt, beim Knödelwirt, Gasthaus Irger, Wels-Neustadt.

Die 4. März 1919-Gedenkveranstaltung fand am 2. März in Enns im Schlosspark und im Auerspergsaal des Schlosses statt. Im Referat wurde die Geschichte des Sudetendeutschen Denkmals vor der Enns Stadtmauer dargestellt. Einige Landsleute aus Wels waren dabei anwesend.

Böhmerwaldbund Oberösterreich

Die Verbandleitung des Böhmerwaldbundes Oberösterreich gratuliert zu den Geburtstagen im Monat März 2018:

Holzacker Johann, 94 Jahre am 26.03; Lepsch Hedwig, 92 Jahre am 28.03; Hager Waltraud, 90 Jahre am 08.03; Hartl Josef, 88 Jahre am 14.03; Mayerhofer Theresia, 88 Jahre am 29.03.; Jaksch Josef, 86 Jahre am 19.03; Eder Rosa, 84 Jahre am 09.03; Nowen Othmar, 82 Jahre am 09.03; GR Univ. Prof. Übelacker Horst Rudolf 82 Jahre am 26.03; Rieger Edeltraud, 80 Jahre am 16.03; W. Hofrat Dr. Jilka Margit, 77 Jahre am 26.03.

Vorschau:

Böhmerwaldrunde am Freitag, 06.04.2018, um 14.00 Uhr, Breitwieserhof Linz.

Mitgliederversammlung am Samstag, 21.04.2018. 14.00 Uhr Landeskulturzentrum Ursulinenhof Linz.

BÖHMERWALDBUND OBERÖSTERREICH, Kreuzstraße 7, 4040 Linz

Helga Böhm (Vorsitzende)

Sudetendeutscher Kulturkreis:

Termine Heimattreffen im Ursulinenhof Linz: Freitag, 09.03.2018, 15.00 - 17.00 Uhr, 1. Stock Saal C

Freitag, 13.04.2018 - Ostern - 15.00 - 17.00 Uhr, 1. Stock Saal C

Irene Axmann (0699 116390475)

Kaplitzzrunde:

Jeden 1. Dienstag im Monat, 1. Stock, Klosterhof Linz, Landstraße.

Dienstag, 06.03.2018, 14.00 Uhr

Dienstag, 03.04.2018, 14.00 Uhr

Elfriede Weismann

Gedenkjahr 2018 Forum Heimat

im Haus der Heimat Wien
Montag, 9. April 2018, 18 Uhr:
Karl von Habsburg-Lothringen:
„Die Abdankung Kaiser Karls,
das politische Ende des Erzhauses und
seine Wirkung im 21. Jahrhundert“

Südmährisches Heimatmuseum Thayaland in Laa an der Thaya

Saisoneroöffnung und Eröffnung der Sonderausstellung
„Bauerntum im Wandel der Zeiten“

im Festsaal des Alten Rathauses
in 2136 Laa an der Thaya
Stadtplatz 17

Sonntag, 8. April 2018, 16 Uhr (Terminänderung!)

Inf. Reg. 99-er Gedenkmesse in der Wiener Votivkirche

Das k.u.k IR „99“, gegründet am 1. Jänner 1883 und verbunden mit den „Hoch- und Deutschmeistern“, war ursprünglich in Wien stationiert und wurde später zum Großteil nach Znaim-Klosterbruck verlegt.

Seit 2011 veranstalten wir gemeinsam mit der Kameradschaft der Hoch- und Deutschmeister ID 44 unser traditionelles Gedenken an die Gefallenen und verstorbenen Angehörigen unseres südmährischen Infanterie Regiments „99“ aus Znaim-Klosterbruck in der Votivkirche in Wien. Dieses Gedenken erfolgt zum Zeitpunkt der Kapitulation der eingeschlossenen 6. Armee Ende Jänner 1943 in Stalingrad, da besonders viele Südmährer dort und in der anschließenden Gefangenschaft den Tod fanden - die Infanterie-Regimenter 131-134 mit ihren Heimatstandorten in Nikolsburg, Feldsberg und Znaim waren

alle daran beteiligt. Diese Regimenter wurden 1938 aus dem 2.Wr.Regiment „Hoch- u. Deutschmeister“ gebildet, dessen Tradition schon auf 1698 zurückging und das Infanterie-Regiment 99 (Znaim - Untergang am Monte Asulone Nov.1918-) mit einschließt. Der Traditionsname „Hoch- u. Deutschmeister“ wurde bei der Neu-Aufstellung der 44. Infanterie-Division 1943 in Wien neuerlich verliehen, so dass auch in den letzten beiden Kriegsjahren viele Südmährer dort dienten.

Beim österreichischen Bundesheer wurde der ehrwürdige Name „Hoch- und Deutschmeister“ vom Jägerbatalion Wien 1 übernommen, wodurch bei der Messe in der Votivkirche auch eine Offiziersabordnung mit Fahne teilnimmt.

Auch der Kulturverband der Südmährer führt die Tradition fort: Hermann



Kranzniederlegung bei der „99-er“ Gedenkmesse am 3. Feber in der Wiener Votivkirche: (v.l.n.r.) Hans-Günter Grech, Prof. Carl Kohoutek, Josef Ofner mit ÖKB-Fahne, Hermann Sinnl mit 99er-Fahne, Reiner Elsinger (Foto: Christa Gudrun Spinka-Grech)

Sinnl trug die Fahne des Infanterie-Regiments Nr.99, Obmann Günter Grech und Reiner Elsinger den Kranz zum Gedenkstein des IR 99 in der Votivkirche.

Unser Dank gebührt der „Kameradschaft der Hoch- und Deutschmeister“ für die Ausrichtung dieser überaus würdevollen gemeinsamen Gedenkveranstaltung.

VERANSTALTUNGSKALENDER WIEN, NIEDERÖSTERREICH UND BURGENLAND

März

9. März 2018 19 Uhr Treffen der Heimatgruppe Wien und Umgebung mit dem Teil 1 „Die Sudetendeutschen“ aus der Dokumentation „Die Vergessenen des 2. Weltkrieges - Flucht und Vertreibung der deutschen Altösterreicher“ im HdH (2.Stock)

11. März 2018 9,30 Uhr Clemens-Maria-Hofbauer Gedenkmesse mit Prälat Karl Rühringer in der Kirche Maria am Gestade in Wien 1, Passauerplatz

12. März 2018 19 Uhr Übungsabend des Sudetendeutschen Volkstanzkreises im HdH (2.Stock)

Vorschau

8. April 2018 16 Uhr Saisonöffnung des Heimat- und Museumsvereins Thayaland im Alten Rathaus, Stadtplatz 17, in Laa an der Thaya

6. Mai 2018 Südmährer-Wallfahrt nach Maria-Dreieichen (11 und 14 Uhr) Kostenlose Busmitfahrt des Kulturverbandes der Südmährer um 8,30 Uhr. Anmeldungen bei Frau Kerschbaum 01/318 01 17

19./20. Mai 2018 Sudetendeutscher Tag in Augsburg

Veranstaltungsort: HdH = Haus der Heimat in Wien 3, Steingasse 25

Ausstellungen
Bis 15. April 2018 Sonderausstellung „Rosa Tahedl“ zum 100. Geburtstag der Heimat-

kundlerin im Böhmerwaldmuseum in Wien 3, Ungargasse 3 So 9 bis 12 Uhr

Bis 30. März 2018 Ausstellung „Langsam ist es besser geworden“ in der Niederösterreichischen Landesbibliothek in St. Pölten, Franz Schubert Platz 1-4, Mo-Fr 8,30 bis 16 Uhr, Di bis 18 Uhr

Ab 10. April bis 30. April 2018 Ausstellung „Schicksale der Deutschen aus dem Isergebirge 1948 bis 1968“, Eröffnung am 10.4. um 17 Uhr. Haus der Heimat (Wien 3, Steingasse 25), Mo - Do 9.30 - 14.30 Uhr

Bis 10. Juni 2018 Ausstellung „Wien um 1900“ Klimt-Moser-Gerstl-Kokoschka im Leopoldmuseum im Museumsquartier in Wien 7, Museumsplatz 1, täglich außer Di 10 bis 18 Uhr, Do bis 21 Uhr

Bis 29. Juli 2018 Ausstellung „Wow“, Werke von Klimt, Picasso, Chagall, Hirst, Warhol, Schiele u.v.a. im Leopoldmuseum im Museumsquartier in Wien 7, Museumsplatz 1, täglich außer Di 10 bis 18 Uhr, Do bis 21 Uhr

Von 23. März bis 26. August 2018 Ausstellung „Klimt ist nicht das Ende“, Kunst der Zwischenkriegszeit, im Unteren Belvedere in Wien 3, Rennweg 6 A, täglich 10 bis 18 Uhr, Fr bis 21 Uhr.

Auch bei den Heimatgruppentreffen sind Gäste willkommen

Weitere Infos unter www.sudeten.at und www.sloe-wien.at



Die Schönhengster Sing- und Spielschar in Graz

Am 28. März 2018 gastiert die Schönhengster Sing- und Spielschar im Gothensaal, 8010 Graz, Leonhardstraße 27, Beginn 18.00 Uhr (Karwoche).

Die Gruppe entstand 1954 auf einem Treffen der Heimatvertriebenen aus

dem Schönhengstgau unter der Führung von Walter Hensel und existiert heuer also das 64. Jahr. Während der zwei Arbeitswochen im Jahr, zu Ostern und zum Jahreswechsel, wird das Programm für die Auftritte erarbeitet. Aus organisatorischen Gründen sind häufigere Treffen nicht möglich, weil die Mitglieder in Deutschland, der Tschechischen Republik und Österreich, von der Nordsee bis zu den Alpen, verstreut wohnen, wohin auch immer es die Schönhengster nach 1945 verschlagen hat. Auch in der Steiermark leben verstreut Schönhengster u.a. ehemalige Mitglieder der Spielschar (drei), und der Steirer Dichter und Priester Ottokar Kernstock hat übrigens das Heimatlied des Schönhengstgaus getextet.

Mehrmals erhielt die Gruppe den Sudetendeutschen Volkstums- und Kulturpreis, unternahm Sängerfahrten nach England, Schottland, Schweden, Frankreich und Ungarn und auch in die alte Heimat.

Um einen Überblick zu bekommen, bittet der Veranstalter um eine kurze Mitteilung per Email: slgraz@aon.at.

Die Stimme der Jugend und mittleren Generationen

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, www.sdjoe.at, Tel. und Fax: 01 / 718 59 13, E-Mail office@sdjoe.at

Der 16. Ball der Heimat in Wien war wieder gesellschaftliches und familiäres Erlebnis!

Zum 16. Mal fand im Arcotel-Wimberger am Neubaugürtel der von den im VLÖ zusammengeschlossenen Landsmannschaften der „Ball der Heimat“ statt. Zahlreiche Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, aus der Diplomatie und Kunst konnten begrüßt werden. In der großen Pause gab es sehr schwungvolle Volkstanzvorführungen des Sudetendeutschen Volkstanzkreises Wien und des Siebenbürgischen Volkstanzkreises. Diese wurden mit viel Beifall bedacht.

Die „Ötscher Bären“ spielten wie immer gekonnt zum Tanz auf und trugen damit für beste Stimmung bei. Alles in allem war es ein besonderes Ballfest in einem schönen Rahmen. Der Besuch von Seiten unserer Landsleute war heuer besser als in den letzten Jahren, was sehr erfreulich war. Etliche Freunde hatten auch Bekannte und Außenstehende zum Ballbesuch bewegen können. Bei den Siebenbürgern und

etlichen der Donauschwaben, die meisten davon in Tracht, waren viele mit der ganzen Familie – von alt bis jung – dabei und haben fröhlich das Tanzbein geschwungen. Der 17. Ball der Heimat wird am Samstag, dem 16. Feber 2019 im Arcotel-Wimberger stattfinden, dazu laden wir schon jetzt recht herzlich ein!

++++

Kommende Veranstaltungen:

PFINGSTEN - 18./19.MAI : SUDETEN-DEUTSCHER TAG in AUGSBURG mit dem PFINGSTTREFFEN DER SUDETENDEUTSCHEN JUGEND UND DER MITLEREN GENERATION sowie deren Freunde!

10.JUNI: LEICHTATHLETIKMEISTERSCHAFTEN in Traun in O.Ö. für Kinder, Schüler, Jugendliche, Junioren, Erwachsene jedweder Generation bis über 80 Jahre, für Teilnehmer aus ganz Österreich

Vorsprachen sind jeweils am Mittwoch ab 16

Uhr im Haus der Heimat Wien 3, Steingasse 25/Hoftrakt/2.OG. nach vorheriger Terminabsprache (Tel./Fax: (01) 718-59-13, E-Mail: office@sdjoe.at möglich. Bitte um Angabe einer Rückrufmöglichkeit!

++++

ARBEITSKREIS SÜDMÄHREN

Der nächste Heimabend ist am Dienstag, dem 3. April um 19 Uhr im Haus der Heimat, Wien 3, Steingasse 25/Hoftrakt/2.Obergeschoß (Sudetendeutsche). Gezeigt wird eine Tonbildschau von Klaus

Seidler. Dazu sind alle Interessierten und alle Landsleute aus allen Heimatgruppen herzlich eingeladen – Eintritt frei!

++++

Vom 24.-25. JUNI findet unsere FRÜHLINGS-KULTURFAHRT statt, die uns diesmal nach Straßnitz-Türnau führen wird! Anmeldungen an Josef MORD, Tel./Fax: 02522-7638, bzw. beim nächsten Heimabend!

Der KULTURVERBAND DER SÜDMÄHRER IN ÖSTERREICH

lädt alle Mitglieder zu seiner jährlich stattfindenden Hauptversammlung ein.

WO: Haus der Heimat, 1030 Wien, Steingasse 25, Festsaal EG
WANN: Donnerstag, 19. April 2018, Beginn 16 Uhr.

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Totengedenken
3. Feststellung Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls der letzten HV vom April 2017
5. Bericht des Obmanns
6. Bericht des Kassiers
7. Bericht der Rechnungsprüfer
8. Beschlussfassung über Entlastung des Vorstandes
9. Neuwahl des Vorstandes
10. Festsetzung des Mitgliedsbeitrages für 2019
11. Beschlussfassung über vorliegende Anträge
12. Berichte/Informationen/Diskussion und Beschlussfassung über wichtige Anliegen
13. Allfälliges

Anträge zu Punkt 11) sind satzungsgemäß bis spätestens 5. April 2018 schriftlich beim Vorstand einzubringen!

Dkfm. Hans-Günter Grech
Obmann

Liebe Abonnentinnen, liebe Abonnenten!

In dieser finden Sie die Zahlscheine für die Jahresgebühr 2018. Erstmals wird auch den Beziehern aus dem **EU-Ausland** der Zahlschein beigelegt. **Bitte beachten Sie, dass der Zahlschein nicht mehr mit eigener Post versendet wird!**

Es freut uns, dass wir den Jahresbeitrag unverändert lassen können und keine Anhebung des Abonnementpreises notwendig ist. Ihre Aufrundung bzw. Spenden nehmen wir aber dankbar entgegen!

Wir danken für Ihre Treue und die vielen positiven Reaktionen. Sie zeigen uns, dass wir Ihnen interessante und ansprechende Artikel und Informationen liefern.

Die Redaktion und Verwaltung der Sudetenpost

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

Glasierte Nusstorte

Zutaten:

6 Eier, 250 g Zucker, 1 Pkt. Vanillezucker, 250 g geriebene Hasel- od. Walnüsse, 250 g Mehl, 2 gestr. Kaffeel. Backpulver

Füllung:

50-70 g Marillenmarmelade, 2-3 Essl. Rum

Glasur:

250 g Staubzucker, 3-4 Essl. Zitronensaft

Zum Verzieren:

Einige halbe Walnüsse

Zubereitung:

Die Eier, Zucker und Vanillezucker schaumig schlagen. Danach Nüsse und das mit Backpulver vermischte Mehl vorsichtig darunter heben. Die Masse in eine am Boden befettete Springform füllen. Die Backform auf der untersten Schiene im Ofen bei 150° C 50-60 Minuten backen.

Die erkaltete Torte zweimal durchschneiden und mit Marmelade bestreichen. Den Rand und die Oberfläche der Torte auch mit Marmelade bestreichen.

Für die Glasur den Staubzucker mit so viel Zitronensaft glattrühren, dass eine dickflüssige Masse entsteht. Die Torte damit überziehen und mit Nüssen verzieren.

Gutes Gelingen wünscht Ch. G. Spinka-Grech

Redaktionsschluss (RS) für die Folge 4 ist der 22. März 2018 um 12 Uhr Mittag. Erscheinungstermin (ET) ist am 5. April 2018. Wir bitten um Verständnis, wenn in der aktuellen Ausgabe aus Platzgründen nicht alle Beiträge erscheinen konnten oder gekürzt werden mussten. Bitte senden Sie alle Ihre Artikel, Berichte, Manuskripte und Anfragen AB SOFORT an: Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25, Telefon 01 / 718 59 19, Fax 01 / 718 59 23, E-mail-Adresse: sloe@chello.at

ET Nr. 5:

10. Mai 2018

RS: 3. Mai 2018

ET Nr. 6:

7. Juni 2018

RS: 31. Mai 2018

Sudetendeutsches Erbe

Ihnen zur Ehre

Ihren Lieben zum Gedenken

den Sudetendeutschen eine Zukunft!



Die SLÖ bietet Ihnen in allen Fragen von Legaten und Erbschaften zugunsten der Sudetendeutschen individuelle Beratung durch einen Fachmann!

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

A-1030 Wien, Steingasse 25

Telefon: 0043 1 718 59 19, Fax 0043 1 718 59 23

E-Mail: office@sudeten.at

Internet: www.sudeten.at

Sudetenpost

IMPRESSUM

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, 4210 Gallneukirchen, Narzissenweg 5, www.sudetenpost.com, ZVR-Zahl:493880643
Obmann/Redaktion: Gerhard Zeihsel, 1030 Wien, Steing. 25, Ruf: 0043(0)1/718 59 19, Fax: 0043(0)1/718 59 23,
E-Mail: sloe@chello.at, Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29.

Die Zeitung erscheint einmal im Monat.

Jahresbezugspreis: Inland € 33,00, inkl. 10 % Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 39,00, Übersee: € 65,00. Einzelpreis: € 2,80.

Bankkonto: Sparkasse OÖ:

IBAN: AT53 2032 0321 0024 0757, BIC ASPKAT2LXXX

Für die Bezieher aus Deutschland: VR-Bank Passau eG

IBAN: DE43 7409 0000 0000 0898 69, BIC GENODEF1PA1.

Postanschrift und Anzeigenannahme: Steingasse 25, 1030 Wien

Kündigungsfristen per Jahresende, vom 1. Sept. bis 30. Nov., da es sich bei der Sudetenpost jeweils um ein Jahres-Abo handelt, welches sonst weiterläuft.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „Sudetenpost“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf eine Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:

„Sudetenpost“, 1030 Wien, Steingasse 25.

Telefonische Bestellung: 0043(0)1/718 59 19.

E-Mail: sloe@chello.at

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: Ort: Telefon: _____

Die Zeitung erscheint einmal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 33,- inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 39,- ; Übersee € 65,-.

Bankkonto: Sparkasse OÖ, IBAN AT53 2032 0321 0024 0757, BIC ASPKAT2LXXX.

Für die Bezieher aus Deutschland: VR-Bank Passau eG, IBAN: DE43 7409 0000 0000 0898 69, BIC: GENODEF1PA1. Postanschrift und Anzeigenannahme: Steingasse 25, 1030 Wien. Kündigungsfristen per Jahresende, vom 1. Sept. bis 30. Nov., da es sich bei der Sudetenpost jeweils um ein Jahres-Abo handelt, welches sonst weiterläuft.